

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gepaltene Wochenzeile für Arbeitstage 20 Goldpfennig, für Arbeitsamgebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Druckort: Duisburg, Stapelhof 17. Telefon 3366, 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 26

Duisburg, den 27. Juni 1925

26. Jahrgang

Die Metallindustrie im neuen Zolltarif

Heinrich Kreil, M. b. R. W.

Im Durchschnitt bewegen sich die neuen in Vorschlag gebrachten Zollsätze in der Nähe von 10 Prozent des jetzigen Wertes. Dieser Hundertsatz ist aber auch in zahlreichen Fällen nicht unwesentlich überschritten. Die verschiedenen Fabrikationszweige lassen sich nicht über einen Kamm scheren. Die Konkurrenzverhältnisse liegen bei den verschiedenen Industrien nie einheitlich. Die Deutsche Regierung wird und muß bemüht sein, den Inlandsmarkt unter möglicher Wahrung der Verbraucherinteressen zu schützen. Weit wichtiger ist aber die erwachsende Aufgabe, uns die Absatzgebiete im Ausland wieder zu öffnen. Deswegen muß das Bestreben darauf gerichtet sein, durch die Ermäßigung der autonomen Zollsätze auf dem Vertragswege Gegenkonzeptionen vom Vertragspartner zu erreichen. Bei dem vielseitigen industriellen Interesse, das fast bei allen Staaten vorherrscht, bleiben tatsächlich die autonomen Zollsätze in ihrer großen Mehrheit auf dem Papier und treten nach Abschluß der Handelsverträge viel geringere Vertragszölle an ihre Stelle. Die Meißbegünstigungsklausel schafft einem solchen, einem Land gewährten Vertragszoll dann weitgehende Geltung. Insofern verdienen die Industriezweige überhaupt eine andere Beurteilung als die Getreidezölle. Nach dem Vorschlag der Regierung sollen die letzteren sämtlich eine Bindung auf beträchtlicher Höhe erfahren und darf auf dem Vertragswege nicht unter diese Sätze gegangen werden. Eine Ermäßigung dieser gebundenen Zollsätze oder sogar vertragemäßige Zollfreiheit wie bei Industriezweigen ist dadurch nicht möglich, abgesehen davon, daß die Getreidezölle handelspolitisch gar nicht die Bedeutung genießen, da nur wenige Staaten an der Förderung der eigenen Getreideausfuhr interessiert sind.

Das Ausmaß der beabsichtigten Zollerhöhungen ist sehr verschieden, wie folgender Auszug aus der Zollnovelle zeigt. (Der Zollsatz gilt für einen H.) Für einen großen Teil der Eisen- und Metallproduktion bleibt der Zollsatz unverändert.

	bisher:	beabsichtigt:
Schreib-, Sprechmaschinen, Registrierkassen	60,-	240,-
Lautwerke, Elektrifiziermaschinen, Telegraphenwerke, Fernsprecher, Zählwerke u. ähnl.	60,-	120,-
Dampflokomotiven nicht auf Schienen laufend, von 60 H. und darunter	9,-	12,-
ditto, von mehr als 60 H.	8,-	10,-
Zangen, Gemindehobelzeuge, u. ä.	20,-	26,-
Reibahlen, Spiralschleifer, Fräsen, Messwerkzeuge	40,-	25,-
Nähmaschinen	4,-	8,-
Lichtmaschinen und Lichtzündmaschinen für Motorfahrzeuge	9,-	150,-
Kabel	8,-	16,-
Güterwagen	5,-	6,50
Personenwagen ohne Polsterarbeit	7,50	10,-
Personenwagen mit Polsterarbeit	12,-	16,-
Wand- und Turmuhren	200,-	400,-
Taschenuhren aus Silber, 1 Stück	1,50	3,-
Taschenuhren aus unedlem Metall, 1 Stück	1,-	2,-

Diese Stichproben zeigen, daß die Zollerhöhungen nicht einheitlich, vielleicht entsprechend der Selbstwertung eintreten, sondern eine individuelle Behandlung der einzelnen Industrien eintritt. Vollkommen aus diesem Rahmen fällt die beabsichtigte Neuregelung für die Automobil-Industrie. Die Zollansprüche dieser Industrie waren außerordentlich hoch. Sie begründete ihre exponierte Forderungen mit der großen Gefahr, die ihr bei Öffnung der Grenzen (vorläufig besteht hierfür noch ein Einfuhrverbot) oder bei ungenügendem Schutz Zoll erwachse. Ford sei teils infolge seiner Kapitalkraft, teils infolge seiner Produktionsmethode, in der Lage, je ben deutschen Preis zu unterbieten. Der Preis für einen Kraftwagen sei heute trotz allgemeiner Preiserhöhung der Rohstoffe und Halbfabrikate geringer als in der Vorkriegszeit. Die Automobil-Industrie bedarf mit einer Schonzeit, die ihr die Umstellung ihrer Fabrikation gestattet.

Die Behauptungen der Automobilindustrie hinsichtlich Konkurrenzfähigkeit sind nicht bestreitbar. Bezeichnenderweise besteht dieselbe aber nicht nur gegenüber Ford, sondern auch der Konkurrenzindustrie anderer Länder, wie Fiat-Italien und französischen Firmen. Die deutsche Automobil-Industrie ist aber an diesem unwürdigen und auch für uns als Arbeitnehmer verhängnisvollen Zustand wirklich nicht schuldlos. Auch bei ihr war die Inflationszeit, in der der Kraftwagen vom Gesichtspunkte der Kapitalanlage betrachtet wurde, von schlechtem Einfluß. Die Automobilindustrie hat die Zeit, in der unsere Grenzen durch Einfuhrverbote gesperrt waren, nicht dazu benutzt, sich auf die Fabrikation von Kleinautos einzustellen, sie produzierte nach wie vor überwiegend elegante Luxusautos. Sie hat somit die Entwicklung nicht richtig und nicht rechtzeitig erkannt und sich erst in neuerer Zeit auch diesem bedeutendsten und aussichtsreichsten Fabrikationszweig in verstärktem Maße gewidmet. Wir haben sicher ein großes Interesse daran, was

eine starke Automobilindustrie zu erhalten und nicht auch noch auf diesem Gebiet vom Ausland abhängig zu werden, abgesehen von der Bedeutung der Beschäftigung Zehntausender von Arbeitnehmern in dieser Industrie. Trotz dieser Rücksichtnahme kann aber den Wünschen der Automobilindustrie nicht entsprochen werden. Die Zeiten liegen weit hinter uns, wo der Besitz eines Autos als reiner Luxus angesehen wurde; hier besteht vielmehr ein außerordentlich großes Verbraucherinteresse. Man denke nur an den gesteigerten Gebrauch der Lastkraftwagen, an den Autobroschfenbetrieb, an den großen Bedarf an Kleinautos. Unmöglich kann zugestimmt werden, daß der deutsche Verbraucher dauernd 50 Prozent und mehr Anschaffungskosten aufwenden habe als der Ausländer, denn an die Absicht der Auslösung der Zollspanne durch die deutschen Erzeuger besteht kein Zweifel. Das Inland würde hierdurch in seiner Leistungsfähigkeit sehr beeinträchtigt werden. Um jedoch der Automobilindustrie eine Schonfrist zu gewähren wurde die Form des Erziehungszolls gewählt, d. h. ein bei Inkrafttreten des Zolltarifes verhältnismäßig hoher Zollsatz wird zu bestimmten Fristen in folgender Weise abgebaut:

	Vorkriegssatz:	In Aussicht genommener Zollsatz für 1 H.
Motorräder	60-150	350
Anmerkung: Der Zollsatz beträgt vom 1. Juli 1926 an 320 M für 1 H.		
vom 1. Jan. 1927 an 290 M		
vom 1. Juli 1927 an 250 M		
vom 1. Jan. 1928 an 210 M		
vom 1. Juli 1928 an 160 M		
Autobile bei einem Reingewichte des Stückes von 22 H. oder darunter	20-150	250
Anmerkung: Der Zollsatz beträgt vom 1. Juli 1926 an 225 M für 1 H.		
vom 1. Jan. 1927 an 200 M		
vom 1. Juli 1927 an 150 M		
vom 1. Jan. 1928 an 100 M		
vom 1. Juli 1928 an 75 M		

Für Wagen von höherem Gewicht ist eine ähnliche Regelung getroffen. Auf einen Kraftwagen von 22 H. würde somit bei Inkrafttreten des neuen Zolltarifs ein Zoll von 5500 M fallen, der unter stufenweisem Abbau am 1. Juli 1928 auf 1650 M zurückgeführt wäre. Diese Form hat allerdings den Nachteil, daß sich die Einfuhr recht stöckweise vollziehen wird, da natürlich vom Handel einige Zeit vor dem Ermäßigungstermin keine Einfuhr mehr getätigt wird, um dann plötzlich wieder anzuschwellen. Für die Automobilindustrie aber ist der Anreiz gegeben, sich auf diese Minderung des Schutzzolls einzustellen und ihre Konkurrenzfähigkeit nachdrücklich zu fördern, wenn sie nicht in einiger Zeit über den Haufen gerannt werden will.

Keuherst scharf umkämpft ist die Frage, ob die Zölle für Roh-eisen und Halbzeug erhöht, ja ob sie überhaupt auf ihrem jetzigen Bestand erhalten bleiben sollen. Die Hüttenindustrie verlangt eine Erhöhung des bestehenden Roheisenzolls von 1 M, ist etwa 10 Prozent des Wertes, um 50 Prozent; die verarbeitende Industrie fordert eine Ermäßigung des Zollsatzes. Die Regierung entschloß sich, an dem autonomen Roheisenzoll nichts zu ändern, dagegen für Halbzeug, und zwar für rohe Bleche von 0,5 Millimeter und darunter eine Erhöhung von 4,50 M auf 6,- M vorzuschlagen, in weiterverarbeitetem Zustand entsprechend mehr, z. B. Weißblech von 5,50 auf 8,- M. Die Blech verarbeitende Industrie erhebt dagegen entschiedenen Widerspruch und dieser Vorschlag wird sicher noch äußerst umstritten werden. Auch fast gewaltige oder gezogene Drähte weisen Steigerungen von 15-20 Prozent der bisherigen Sätze auf, desgleichen schmiedbarer Guß. Im großen und ganzen versucht die Regierung der Erhöhung von Zöllen auf derartigem Halbzeug möglichst aus dem Wege zu gehen, denn die ungünstige Wirkung auf unsere weiterverarbeitende Industrie ist unbestritten. Bei der großen Bedeutung, die insbesondere Frankreich wegen seiner lothringischen Eisenindustrie diesen Zöllen beimißt, tobt der Kampf nicht nur um die autonomen Zölle, sondern auch, und zwar mehr im internen Kreise, um den künftigen Vertragssoll. Seit einem halben Jahre verhandelt die beiderseitige Hüttenindustrie, aber auch die deutsche Hüttenindustrie mit der deutschen verarbeitenden Industrie bereits miteinander, und mehr als einmal haben diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit bereits unliebsames Aufsehen erregt.

Die deutsche Regierung wird ungeachtet aller dieser Interessen-gegenstände den Weg gehen müssen, der dem Gesamtinteresse des Deutschen Volkes entspricht. Die Gewerkschaften haben sich für eine mäßige Zollpolitik ins Zeug gelegt und in dieser Hinsicht auch positive Erfolge erzielt.

„Herunter mit den hohen Löhnen“

Berufene und unberufene Kreise bemühen sich gegenwärtig den Nachweis zu erbringen, daß die Lohnentwicklung eine äußerst gefährliche sei. Die größten Uebel drohen Land und Volk, wenn die Arbeiter bzw. die Gewerkschaften keine Besserung haben und „Wach halten“ bei ihren Forderungen. In welcher leichtfertiger Weise auf diesem Gebiete gearbeitet wird, zeigt eine Veröffentlichung im Westfälischen Tageblatt zu Hagen (Nr. 132/1925) einen der Industrie sehr nahestehenden Blatt.

Unter der Flagge „Grundrhythmus zur Lohnpolitik“ beschäftigt sich genanntes Blatt mit den Löhnen der neueren Zeit und behauptet, daß vom Januar 1924 bis zum Mai 1925 dieselben um 50-70 Prozent gestiegen seien. Wie angesichts derartiger Steigerungen noch Lohnerhöhungen verlangt, noch weitere Forderungen gestellt werden können, ist unbegreiflich. Mancher Episteler wird beim Lesen solcher Prozentziffern ganz gewiß heiße Sehnsucht haben, den blauen Mittel anzusehen, um auch „hohe Arbeitslöhne“ zu erzielen.

Es müßte nun aber eine selbstverständliche Pflicht der Tageszeitungen sein, Beweise für solche schwerwiegende Behauptungen anzuführen. Wie stehen denn die Dinge in Wirklichkeit?

Im Bereich des Märktischen Arbeiterverbandes für die Kreise Hagen-Schwelm wurde Anfangs 1924 (nach beendeter Absperrung) der Spitzenlohn des 24stündigen Facharbeiters auf 50 Pfg. pro Stunde festgesetzt. Nachdem im Laufe des Jahres geringe Lohnerhöhungen erzielt, im 2. Halbjahr 1924 aber auch ein Lohnabhangen o m m e n e n werden mußte, konnte der Lohn von 50 auf 63 Pfg. (einschließlich 8 Pfg. Mehr ausgleich) bis zum Mai 1925 erhöht werden. Nach dem Abse ergibt sich dadurch eine prozentuale Steigerung von 26 Prozent. Der tarifliche Spitzenlohn des Hilfsarbeiters liegt in gleicher Zeit von 44 auf 51 Pfg., das ist eine Erhöhung von 17 Prozent. Behnlich verhält es sich mit den übrigen Lohngruppen.

Es könnte vielleicht eingewandt werden, daß in den übrigen benachbarten westfälischen Lohnbezirken, die Entwicklung günstiger gewesen ist, daß dort wenigstens 50-70prozentige Lohnsteigerungen erfolgt seien. Wir wollen daher auch Vergleiche mit den Tarifbezirken des Fabrikantenverbandes für den Regierungsbezirk Arnsberg ziehen. Es kommen in Frage die Bezirke Aßenscheid, Werdohlf, Altena, Plettenberg, Ierloh, Menden, Hemer, Sodenlimburg, Unna, Schmeitz u. a. Dort hand der Tarifspitzenlohn des Facharbeiters zu Anfang 1924 auf 42 Pfg. und stieg bis Mai 1925 auf 53-58 Pfg. Die Steigerung beträgt 26 bis 38 Prozent. Der Hilfsarbeiterlohn stieg im gleichen Zeitraum von 35-38 Pfg. auf 46-50 Pfg., eine prozentuale Steigerung von 24 bis 31 Prozent.

Die 50 bis 70prozentige Steigerung genügt aber nicht einmal, denn, so heißt es im fraglichen Artikel, im Mai 1925 lag der Lohn noch 20 bis 25 Prozent höher als im Juli 1924. Wie richtig, d. h. wie unrichtig diese Feststellung, ist, soll folgende Tatsache beweisen. Im Juli 1924 betrug der Tarifspitzenlohn des Facharbeiters im Tarifbezirk des Märktischen Arbeitgeberverbandes 56 Pfg., im Mai 1925 hingegen 63 Pfg. Der Hilfsarbeiterlohn stieg von 44 auf 51 Pfg. Die prozentuale Steigerung geht also nicht über 15 Prozent hinaus.

Warum das falsche Zahlenspiel? Es gilt der Öffentlichkeit plausibel zu machen, daß unsere deutschen Arbeiter doch gut leben, die Lohnentwicklung aber den Ruin der deutschen Wirtschaft herbeiführt. Darum wird auch weiter ergänzend hinzugefügt, daß der Polken Personalausgaben der deutschen Industrie 150 Prozent der Vorkriegszeit betragen. Soweit die vorhin erwähnten Tarifbezirke in Frage kommen, hand der Facharbeiterlohn in der Vorkriegszeit auf 55 bis 60 Pfg. Woll man heute Stundenlöhne von 80 bis 90 Pfg. feststellen, so muß man sich schon anstrengen solche zu finden. Man wird da schon auf einzelne Werkstatteinzelgruppen zurückgreifen müssen, die zwar an derartige Lohnsätze heranziehen, zum Teil aber auch das Doppelte und mehr leisten müssen, wie in der Vorkriegszeit.

Wir wollen keiner unbesonnenen Seite das Recht abstreiten zur Lohnfrage Stellung zu nehmen, wenn auch im ablehnendem Sinne. Verlangen dürfen die Arbeiter aber doch schon, daß man nicht mit trügerischen Methoden arbeitet. Wer heute die Löhne der Metallarbeiter vergleicht mit den noch verlangten Preisen für Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgegenständen wird ganz gewiß nicht behaupten können, daß die Löhne ausreichend seien. Davon wird auch nichts geändert durch die oft beliebte Hinweis auf die hohen unorganisierten Arbeiter, die mit ihren Löhnen zufrieden seien und gar keine Erhöhung wollen. Wir müssen die Berechtigung eines Solches ablehnen, der da laubt, „angesichts der Kapitalarmut liege gerade in den Arbeitsbedingungen der Schlüssel für die deutsche Exportfähigkeit.“ Besser wäre es schon die Frage aufzuwerfen ob nicht in manchen Industrien mit Anstoßen verschiedener Natur gerechnet wird, die im schreienden Mißverhältnis zur Vorkriegszeit stehen. Man frage doch einmal, warum die Zahl der in Industrieerzeugnissen tätigen Händlerfirmen so groß ist, ob nicht durch zu hohe Händlerzuschläge die deutsche Wirtschaft „gefördert“ wird und vergleiche damit die Löhne. Die deutsche Arbeiterschaft hat wahrhaft Opfer hinreichend gebracht in den letzten 10 Jahren und ist auch bereit im

Dieser Nummer unseres Organs liegt als Sondernummer eine Beilage zur Jahrestausendfeier des Rheinlandes bei, die wir der besonderen Beachtung unserer Kollegen empfehlen.

Wir als christliche Metallarbeiter begehren die Rheinland-Jahrestausendfeier nicht in gewissem bekannten Uebermaß sondern in der Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Frage für unser inneres und außenpolitisches Leben. Wir wollen auch darin unser ganzes Deutschsein bekunden. Nicht minder aber sehen wir alle bei der Jahrestausendfeier im Rheinland den Mutterboden unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und unseres eigenen Verbandes, der auf rheinischem Boden am 15. Oktober 1899 gegründet wurde.

Diese Gründe bewegen uns, eine Jahrestausendbeilage unseres Verbandsorganes beizugeben.

Klöhnen des Ertragslichen weiter Opfer zu bringen. Was erwartet werden muß ist aber, daß die Stellung des Arbeiters gebührend bewertet wird, ebenso wie es die Arbeitgeber für sich mit Recht verlangen können. Nur mit einer ausreißenden Entlohnung der Arbeiterkraft wird die Erzeugung auf dem höchsten Stande gesteigert, der schwere Wettbewerb der Industrie erfolgreich sein können. W. A.

Der Kampf ums tägliche Brot

Heinrich Hase.

Seit einem Jahre zwingt das deutsche Unternehmertum, auf Grund antisozialer, reaktionärer Maßnahmen, der Arbeiterschaft den Kampf um Erhaltung der Existenz, einen buchstäblichen Kampf ums tägliche Brot auf.

Einen „Besonderen Ruhm“ für antisoziale Einstellung will sich anheimeln die Nord-West-Gruppe der Metallindustriellen erzwingen.

Am 7. Mai 1924 machte unser Christlicher Metallarbeiter-Verband eine Eingabe an die Reichsregierung und auch an den Arbeitgeberverband Nord-West um für die Schwerarbeiter in der Metallindustrie eine menschenwürdige Arbeitszeit zu erlangen. Welche Kreise aus allen Ständen des deutschen Volkes sympathisierten damals und auch heute noch mit den Ansichten des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes betriebsleiter Forderung. Das Unternehmertum verfuhr mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, um fast oder unfähig, die Forderungen des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes zu hintertreiben und das durchschlagende Material, welches letztere den Behörden und der Öffentlichkeit unterbreitete, als unrichtig hinzustellen. Die Forderungen des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes hatten nach langer, zäher Arbeit den Erfolg, daß am 1. April 1925 für einen Teil Arbeiter der Hochöfen- und Kesselerbetriebe die stündige Arbeitszeit eingeführt wurde und für die Weiterverarbeitungsbetriebe die Wochenarbeitszeit von 57 1/2 Stunden auf 56 Stunden festgesetzt wurde. Ein Ausgleich des Lohnes ist bisher noch nicht eingetreten, weil, wie die Unternehmer erklären, rechtlich erst am 30. Juni 1925 darüber verhandelt werden könne, früher seien sie nicht zu sprechen.

Zu gleicher Zeit mit den Metallarbeitergewerkschaften kündigten die Unternehmer Nord-West den Lohnstarif zum 30. Juni 25 und forderten einen 10prozentigen Lohnabzug.

Ueber diese antisoziale Forderung des Unternehmertums kann sich nur der Teil der Bevölkerung ein Bild machen, der enge Verbindung mit der Arbeiterschaft hat und die momentanen Zeitverhältnisse kennt und auch ernsthaft über die Ursachen nachdenkt.

Im letzten Jahrzehnt hat besonders die Arbeiterschaft geradezu schreckliche erlebt. Es sei nur erinnert, an die Kriegsverhältnisse und Nachwirkungen derselben, an den passiven Widerstand und die einschüchternde Inflation. Alle diese Momente brachten die Arbeiterschaft in furchtbare Not und Elend. Die überlange Arbeitszeit, dazu sehr niedrige Löhne, welche besonders in der Metallindustrie zu verzeichnen sind, trotz der außerordentlichen Teuerung, trugen zur Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter derartig bei, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter und ihrer Familien oft erschreckend ist und die Arbeiterschaft immer mehr schwächt wird.

Bei solchen Tatsachen werden manchem die heutigen Maßnahmen des Unternehmertums unverständlich sein. Wer aber die Einstellung des Unternehmertums des Groß- und Metallindustriellen an Hand langer Erfahrungen kennt, wundert sich kaum mehr darüber.

Wie noch so schönen Reden der Unternehmer, von der obersten Spitze herab bis zum kleinsten Syndikus, die nur so frohen von der gegenwärtigen Tätigkeit der Unternehmer für den Staat, die Volksgemeinschaft und die Gemeinwirtschaft, können nicht aus der Welt schaffen, daß der Standpunkt des Unternehmertums sich in dem Maße, „Macht geht vor Recht“ verkörpert. Die Ricumverträge wurden abgeschlossen ohne Befragen des Staates, den Erfolg der Ricumverträge mußte der Staat wiederum tragen und bezahlen aus der überschüssigen Steuerbeiträgen, welche überwiegend die Arbeiterschaft aufbrachte.

Die „gegenwärtige“ Tätigkeit des Unternehmertums für den Staat macht sich im besondern auch bemerkbar in der Wahrung vor seinen Gesetzen. Solche, welche die soziale Lage der Arbeiter bedenken, werden mit allen Mitteln versucht zu sabotieren, so Betriebsratsgesetz, Arbeitszeitforderung, Lohnschlichtungsprache und Arbeitslosenfürsorge. Drohungen dem Staat und den Behörden gegenüber mit Einstellung der Beiträge sind an der Tagesordnung. Dazu kommen die machtpolitischen Gelüste des Unternehmertums bei Regierungsbildungen und auf beherrschende Regierungen.

Hinter der schönen Mäse „Volksgemeinschaft“ versteckt das Großunternehmertum die Ausnutzung seiner Macht gegenüber allen anderen Ständen. Wer kennt nicht die Klagen des Mittelstandes, vor allen die Mittelstandshandwerksmeister, welche Ar-

beiten für die Großindustriellen ausgeführt hatten und recht lange auf Bezahlung warten mußten, besonders auch in der Zeit der Inflation. Bei Tarif- und Lohnverhandlungen tritt immer wieder eine gewisse Abhängigkeit der Mittelstandskräfte von der Großindustrie zu Tage. Zeigen die Verhandler der Handwerksmeister den Wünschen der Arbeiterschaft Entgegenkommen, so wird ihnen das Schreckgespenst der Entziehung von Aufträgen an die Wand gemalt. Gewiß wehrt auch der Mittelstand durch Zusammenschluß sich gegen die Bevormundung durch die Großindustrie. Da Kapital und Kredit der Mittelstandskräfte aber nicht groß genug sind, lassen auch diese Kreise sich leider noch zu oft von der Großindustrie gegen die Arbeiterschaft mißbrauchen.

Die Beschneidung der Rechte des Arbeiters, die ihm durch das Gesetz gegeben sind im Wirtschaftsprozess, die Ablehnung von Verhandlungen in den Arbeitsgemeinschaften zeugen wenig von Gemeinheitsarbeit in der Wirtschaft.

Die rücksichtslose Entlassung älterer im Dienste ergrauter Männer, die ein ganzes Menschenalter im Interesse des Wertes ihre Arbeitskraft beisteht, die Anreizerei auf den einzelnen Werken, die soweit geht, daß man mit verminderten Arbeitskräften nicht nur die gleiche, sondern noch weit höhere Produktionsziffern verlangt und durchsetzt, zeugen vom gar nichts anderem als privater Profitgier. Neben anderen Werken verlangt im besondern die Dortmund Union „produktive Sonn- und Feiertagsarbeit.“ So wurden die Arbeiter der Abteilung Thomaswert gezwungen am 17. Mai, am Himmelfahrtstag, am 24. Mai und am 2. Pfingsttag zu arbeiten. Leider hat auch, eingeleitet durch die Drohungen der Direktion dieses Werkes einen Hofes Will zu legen, die Regierung in Arnberg (sozialistischer Regierungspräsident König) ihre Zustimmung dazu gegeben. Arbeiter, die nicht zur Arbeit erschienen, weil sie ihren religiösen Pflichten nachgeben wollten, wurden bestraft. Eine Mehrzahlung für diese Mehrarbeit tritt kaum oder in ganz geringem Maße in Erscheinung, weil man eine andere Produktionsberechnung vornimmt. Diese Zwangs- und Feiertagsarbeit wird eingeführt, leider mit Zustimmung der Regierung in Arnberg, obwohl man zur Zeit der Lohnforderungen, als die Arbeiter dieser Abteilungen eine Bezahlung der 56stündigen Arbeitswoche verlangten, diese mit der Erklärung ablehnte, für diese sei Sonntagsarbeit kein Zwang. Man begründet diese Sonn- und Feiertagsarbeit mit der Erklärung, das Thomaswert könne die Produktion des Hochöfenbetriebes nicht fallen und ohne die Mehrarbeit nicht wirtschaftlich verarbeiten. Warum führt man nicht auch im Thomaswert die 3 geteilte Schicht ein, wenn man am Hochöfen so gute Produktionserfahrungen damit macht?

Das russische „Arbeiterparadies“

Gegenüber den Deutschen, die so sehr für Rußland schwärmen, und den Zauber der russischen Verhältnisse in süßen Sirenenklängen langer Worte Amerita 1919 eine einfache Methode an. Es schob die Schwarmgeister ab nach ihrem Schwarmlande. So geriet auch die amerikanische Bolschewistin Emma Goldman nach Rußland, und fand Gelegenheit, das Land ihrer Sehnsucht kennen zu lernen. Seht hat sie den russischen Staub von ihren Füßchen geschüttelt und schreibt nach großen Vorbildern in Berlin „Erinnerungen“ — und was für welche:

Sie besuchte auch kommunistische Betriebe und schreibt dazu: „Die große Petersburger Mühle hatte ein Aussehen als sei der Belagerungszustand über sie verhängt. Überall Soldaten! Die Erklärung, die ihr dafür erteilt wurde, war die, daß das Verschwinden von großen Quantitäten Mehl die Ursache sei. Die Soldaten bewachten die Arbeiter, als wären es Gefangensträflinge, und trotz allen Beschwerden von Seiten der Arbeiter gegen eine so erniedrigende Behandlung, wurde die Bewachung streng weitergeführt. Ein junger Arbeiter sagte ihr, daß sie eigentlich Gefangene seien. Wir können keinen Schritt tun ohne Erlaubnis und sind acht Stunden unter strenger Kontrolle an die Arbeit gebunden mit einer Unterbrechung von nur zehn Minuten, um heißes Wasser für Tee zu machen, und jeder Arbeiter wird nach Feierabend beim Verlassen der Fabrik visitiert.“ Sie fragte den jungen Mann, ob nicht Diebstahl von Mehl durch die Arbeiter den Grund dieser Behandlung bilde. „Nicht im geringsten“, erwiderte er, „die Kommunisten und Soldaten wissen schon, wo das Mehl hingehört. Wer sich beschwert, wird als Gegenrevolutionär arretiert, und was mit diesen geschieht, ist bekannt.“

Vom Besuch einer Tabakfabrik berichtet sie: „Die Luft in den Arbeitsräumen war mit Tabakstaub geschwängert. Die Frauen sahen diese Atmosphäre gewöhnt, erklärte der Führer. Es befanden sich unter den Arbeiterinnen solche, die in der Hoffnung waren, sowie Mädchen, nicht älter als 14 Jahre. Sie alle sahen verhärtet aus, mit eingefallenen Wangen, dunklen Ringen um die Augen und meist ganz apathisch. Einige hielten starr, und die Angehörigen der Ausziehung lagen auf ihren Gesichtern.“ Gibt

es hier einen Erholungsraum, einen Platz, wo die Leute „Ihren Tee trinken und ein wenig frische Luft genießen können?“ „Das gibt es nicht“, lautete die Antwort. Die Frauen bleiben acht Stunden anhaltend an der Arbeit, sie hatten ihren Tee und ihr Schwarzbrot unter ihren Arbeitstühlen. Gearbeitet wurde im Afford. Die Verfasserin unterließ sich mit einigen Arbeiterinnen. Sie fragten sie darüber, daß sie alle so weit von der Fabrik wohnen mußten. In den meisten Fällen hatten sie zwei und mehr Stunden bis zur Arbeitsstätte zu gehen. Man habe ihnen vor langem versprochen, sie in der Nähe der Fabrik unterzubringen, doch es sei bei diesem Versprechen geblieben. Der Anblick von Frauen in erstickender Tabakluft arbeitend, sich selbst und ihre Angehörigen mit Gift sättigend, betrachtete Emma Goldmann als etwas Unerhörtes. Eine Dame des Empfangs Komitees erklärte: „Die Affordarbeit sei das einzige Mittel, die Mädchen zur Arbeit zu bringen. Wichtigste und schönste Aufgabe der Arbeiterinnen sei heute: die Revolution zu verteidigen.“

Von den Erhebungen in den Schulen schreibt die Berichterstatterin: „Man fand die Kinder schmutzig, voll von Ungeziefer, auf faulen Matratzen schlafend, mit den geringsten Nahrungsmitteln gespeist, zur Strafe in finsternen Verließern ganze Nächte eingesperrt, ohne Abendessen und oft noch geschlagen. Die Zahl der Beamten und Angestellten in der Schule war geradezu wahnwitzig. In einer Schule von 125 Kindern waren nicht weniger als 188 Funktionäre, in einer anderen bei 25 Kindern 40. Alle diese Parolen nahmen den unglücklichen Kindern das Brot vom Munde weg. In den gutgehaltenen Schulen, nur für Besucher bestimmt, für fremde Missionen und Delegierte, in denen die künftigen Regenten des Landes erzogen werden, fehlt es an nichts.“

Es wäre den deutschen Kommunisten zu gönnen, daß auch sie die russische „Arbeiterherrlichkeit“ mal aus eigener Anschauung kennen lernen, dann würden die meisten mit Emma wohl sagen: Ich kam und sah, und — floh! So aber! Nun schließlich, heißt die Zeit ja alles, vielleicht auch den Deutschen vom Kommunismus abzuhalten. Für die Arbeiter wäre es ein Segen.

Neue Zustände

Entfaltungen im zweiten Thessa-Prozess.

Im Prozeß gegen die Medlenburgische Thessa vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wurde der Kommunist Bohgenhardt als Zeuge der Verteidigung vernommen. Er sagte aus, daß er als Bezirksleiter von Medlenburg-Strelitz zusammen mit dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Schmidt Parliamentsgruppen (Lanzentägergruppen) gebildet habe. Die R. D. D. nannte er eine große Korruptionspartei, in der 89 von 100 Mitgliedern Spießdienste verrichteten. Sämtliche leitenden Stellen der Partei seien 1923/24 von Russen besetzt gewesen und kein deutscher Kommunist habe seine eigene Meinung äußern dürfen. In der russischen Volkspartei habe er Andre und später auch „Wim“ kennen gelernt. Wim habe ihm erklärt, daß mit Sprengstoff- und Giftmordpulver das Ziel der R. D. D. unbedingt erreicht werden müßte. Diese Aussagen des wichtigen Zeugen der Verteidigung lösten große Erregung im Sitzungssaal aus.

Der Bericht spricht für sich selbst. Arme deutsche Arbeiter!

Daserede von der neuen Inflation

mit dem insbesondere die Industrie sich an notwendigen Lohnaufbesserungen vorbeizudrücken sucht, ist auf der letzten Tagung des Rheinischen Provinziallandtages von einem führenden Industriellen Herrn Geheimrat Dr. Hagen auf seinen wahren Wert zurückgeführt worden. Herr Dr. Hagen gab im Verlauf der Sitzung folgende Erklärung ab: „Es war noch der Inflation ist die Sparlasten und für die Landesbank, ebenso für alle anderen Banken eine sehr schwere Aufgabe, eine vollkommene Umwälzung vorzunehmen. Der Verwaltungsrat der Landesbank

Unsere deutsche Volksversicherung ist die Versicherung der Arbeiterschaft. Auf gesunder Grundlage, recht und mit leichtesten Bedingungen bietet sie die beste Gewähr, die man an eine Versicherung stellen muß.

Besprecht Euch darüber mit den freigestellten Kollegen des Ortes oder mit dem Beamten der deutschen Volksversicherung selbst.

Die Entwicklungsstufen der Volkswirtschaft

Dr. Walter Rüpper.

II.

Der Geldbesitz wurde zum Element politischen Macht; je reicher ein Volk war, desto größer war seine Macht. Geld war die Grundlage — dieses mußte bejaht werden. Die Mittel hierzu waren: Zwangung der Städte zur Anerkennung des Landesherren und zur Abgabenerichtung, Übernahme der Leitung der Wirtschaft in die Hände des Staates. Ambitionen einer regen nationalen Arbeit bei gewerblicher Unfreiheit und genauen staatlichen Vorschriften, Fortschaffung der lästigen Zinnmölle durch Verlegung nach den Grenzen des Landes. (Frankreich 1631 Colbert). Heranziehung tüchtiger Handwerker aus dem Ausland, um besonders gute Gegenstände herzustellen. (Große Kurwürf, Friedr. v. Großen.) — Meißener und Kopenhagener Porzellan, Krüßener Spitzen, Apporter Seide, Amsterdamer Diamantenstücke etc. Die Bedeutung des Außenhandels in Form von Ausfuhrerleichterung, Gründung von Handelskompanien: Holland-Niederländische Handelsgesellschaft, Englische-Ostindische G. S. (1600) M. — sollte schließlich eine möglichst günstige (Affine) Handelsbilanz bringen, d. h. einen großen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr, welche letztere man ja durch hohe Zölle niedrig hält, damit auf diesem Wege weit mehr Geld ins Land kam, als hinaus ging. War erst Geld im Land, so konnte der Staat durch geschickte Abgabepolitik immer mehr Geld an sich heranziehen und seine Macht befestigen. Erinnerung sei an die Hofhaltung Ludwigs XIV., an Königin Elisabeth von England, Peter den Großen, Rußland. Deutschland lag unter den Folgen des Nijährigen Krieges 1618—48 ganz darnieder und stand im Zeichen i. neres Zerfallszustand und des Aufbaus von Preußen. Großer Kurwürf, Friedrich der Große. Dieser Zeitabschnitt, der sich durch das 16.—18. Jahrhundert erstreckt, ist die Periode des staatlich gebundenen Verkehrs, auf der Grundlage der Volkswirtschaft in der Gemeinheitsform der Volkswirtschaft, gekennzeichnet durch die Vormachtstellung des auswärtigen Handels, bei weitgehender Förderung der nationalen Gewerbe, zum Zwecke der

Das System der merkantilistischen Staatwirtschaft geht im 18. Jahrhundert an sich selbst zu Grunde.

Den Ausgang bildet die Technik der Gütererzeugung. 1730 gelang die Scheidung des Eisens aus seinen Erzen durch Steinöfen. Das brachte die Umstellung der Holzwirtschaft auf den Kohlenbergbau. 1766 wird zum ersten Male aus Kohle, Rote hergestellt, 1780 durch die Erfindung, 1769 bringt die Erfindung der Dampf-

maschine, 1784 die des Puddelns, 1784 die des mechanischen Webstuhls. Kohle und Eisen wurden zu Drehpunkten der Wirtschaft. Sobald die grundlegenden Erzeugnisse der Technik praktisch zur Auswirkung kamen, wurden die staatlichen Reglementierungen unhaltbar, und ganz von selbst entwickelt sich der Zug zur Volkswirtschaft, zur persönlichen und gewerblichen Freiheit. Die Erfindung der Maschine stellt der Handarbeit die Maschinenarbeit zur Seite. Geldkräftige Handwerker werden zu Unternehmern, ihre Werkstatt zur Fabrik, durch Maschinenbetrieb Massenarbeit leidend. Der Besitz von Arbeitsmitteln, Maschinen und Geräten geht, im Gegensatz zum Handwerk auf den Unternehmer über, ebenso die Rohstoffe und das Fertigfabrikat. Der Arbeiter bringt dagegen seine Arbeitskraft, sie gegen die Entschädigung des Arbeitslohns dem Unternehmer abtretend. Je mehr sich nun die Gütererzeugung, gestützt auf den wachsenden Bedarf der anwachsenden Bevölkerung, zur Massenzeugung erweitert, desto größer wird ihr Bedarf an Fabrikgebäuden, Lagerräumen, Maschinen, Geräten, Rohstoffen, Bewässerungsmitteln, an Geld zur Beschaffung des Rohmaterials, zur Zahlung der Löhne, zur Herstellung der Ware — kurz den Bedarf an „Kapital“. Freiheit der Person, des Gewerbes und des Aufenthaltes stärken die Unternehmungslust, führen zur Bildung von selbständigen Industrien. Der freie Geldverkehr bringt den Kredit in die vorderste Linie. Der Kredit stärkt den Handel, der sich nun in einem Satz gleich über alle Volkswirtschaften ausbreitet, dem Einzelnen die Erzeugnisse einer ganzen Welt zur Verfügung stellend, alle an alle bindend. So erreicht die Menschheit die Stufe des freien Verkehrs, auf der Grundlage der Kreditwirtschaft in der Gemeinheitsform der Volkswirtschaft, geknüpft auf das gemächte Industrie-, Handel- und Verkehrs-System. Da ein Gegensatz zu den anderen Entwicklungsabschnitten innerhalb des letzten Zeitraums, vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis auf andere Tage, die Verwendung des Kapitals während in den Vordergrund der Wirtschaft getreten ist, trägt diese Epoche, die sie charakterisierende Bezeichnung: das Wirtschaftssystem des Kapitalismus.

Die ältesten Pioniere der Metallarbeit — die Zigeuner?

Unsere Frage hängt eng mit der anderen zusammen, wo kommen die Zigeuner her? Zwei Fingerringe haben wir zur Beantwortung dieser Frage: Die sprachliche Ableitung des Namens und gewisse Sitten und Gebräuche des jenseitigen Volkes. Die Zigeuner leben in Italien, Ungarn, in Frankreich, Spanien, auf iranischen Gebir-

nos, rumänisch Gygans und die Türken nennen sie Tschingenen. Alle diese Namen deuten etymologisch nach derselben Sprachwurzel hin.

Man findet unter den Zigeunern, namentlich unter den Frauen, häufig Erscheinungen, die in auffallenderweise an die Bevölkerung Indiens erinnern. „Will man daher wissen, wo diese Völkchen am Anfang aller Geschichte, vor ihrer Zerstreuung über alle Welt, waren, dann muß man nach Indien gehen. Da finden wir ein besonnderes Volk von Komaben, wo nach Aussage von Reisenden jeder Mann und jede Frau leicht ihr Zwillingsbild in einem Stamm von Rumänen oder Spanien finden würde. Diese „Banjaris“ durchzogen ganz Indien, wie ihre Brüder von Europa, teils als Schmiede, teils als Gaukler, meist aber als Begleiter von Ochsenwagen... Ehemals bildeten sie eine Volksgemeinschaft, die während des Krieges die Kriegführenden mit Waffen und Proviant versah und einen ähnlichen Schutz genoss, wie unser heutiger Sanitätsdienst.“ (L. Benjour). Für eine solche Abstammung der Zigeuner sprechen auch die Sitten und Gebräuche in den Gegenden, wo sie noch geschlossene Volksgemeinschaften bilden. Dies ist besonders in Rumänien der Fall, wo allein heute noch etwa 300 000 Zigeuner wohnen, die hier meist sesshaft sind. Sie bilden fünf verschiedene Stämme, die streng gegen einander abgeschlossen und für Fremde vollkommen unzulänglich sind, eine Erscheinung, die stark an das indische Kastensystem erinnert. Da sind die „Mazari“ die Bärenhändler, die „Lautari“ oder Wandermusikanten, die „Kurari“, das sind die Goldsucher, und vor allem die „Singurari“, die Schmiede, und Kupferschmiede. Die letzte und niedrigste Kaste, nahezu als Parias betrachtete, bilden die „Witlasi“, die ohne Handwerk sind.

Es ist bedeutungsvoll, daß die „Singurari“, die Schmiede, die erste Stelle einnehmen, als die vornehmsten gelten.

Nun berichten schon die Schriftsteller des Altertums von einem merkwürdigen Volk umherziehender Schmiede, die aus dem Kavkasus oder noch weiter her in jener Richtung stammten, deren Familien über den ganzen bewohnten Erdkreis zerstreut seien, und alle Völker des Mittelmeeres mit Gegenständen der Schmiedekunst und Klempnerei versahen... Dieses Komabenvolk führte den Namen Gygines, ein Wort, in dem man leicht die heutigen Zigeuner, Zingari usw. erkennen kann.

Hierzu kommen aber noch geschichtliche Tatsachen aus dem Entdeckungsgang der Menschheit. Wie die aufgedeckten Gruben und Bergwerke aus dem 12. bis 8. Jahrtausend v. Chr. zeigen, war der Vorzeitmensch ganz auf Steinwerkzeuge angewiesen. „Das Suchen nach geeignetem Werkzeugaerial hatte den Vorzeitmenschen zum Naturforscher gemacht. Es gibt in der jüngeren Steinzeit kaum eine irgend brauchbare Gesteinsart, die er nicht nach ihrer Eignung und Brauchbarkeit erprobt hätte. Dabei mag der Mensch auch auf

Am Rhein

ist es zur Zeit der Jahrtausendfeiern sehr schön. Aber keine Feier hilft gegen die soziale Reaktion, kein Rirmes, kein Schützenverein, kein Gesangverein. Da hilft allein Dein Verband. Willst Du besseren Lohn, bezahle pünktlich Deine Beiträge in der richtigen Klasse.

Ist in der angenehmen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß Revisionen, die stattgefunden haben, die Landesbank in allen ihren Stellen in bester Ordnung vorgefunden und festgestellt haben, daß die Landesbank, die ihr gestellten Aufgaben nach allen Richtungen hin zur vollen Zufriedenheit der Verwaltung vollführt.

Ich bitte, daran noch einige Bemerkungen knüpfen zu dürfen. Es ist eine Verpflichtung auch von dieser Stelle aus, zu betonen, daß an die Stabilität der Mark unter allen Umständen geglaubt werden kann. Unsere Währung ist eine der festesten Säulen, über die wir nicht nur im Wirtschaftsleben, sondern auch im politischen Leben verfügen, und es ist von der größten Bedeutung, auch für die Landesbank und auch für die Provinzialverwaltung, daß sie mit einer festen Währung rechnen können. Ich persönlich habe die Meinung, daß der, der die Festigkeit der deutschen Währung heute noch bezweifelt, eine Sünde am Vaterlande begeht. Die Reichsbank hat es verstanden, ihre Einrichtungen so zu treffen, daß die Währungen derselben so stark sind, daß man über absehbare Zeit nicht mit dem Umstand zu rechnen notwendig haben, daß eine Erschütterung unserer Währung wieder möglich werde. Und wenn Sie bedenken, welche Erschütterungen wir durchgemacht haben und wie traurig die Erinnerungen an das Jahr 1923 sind, namentlich aber an die Herbstmonate 1923, werden Sie mit mir der Meinung sein, daß damit doch ein wichtiger Faktor erreicht ist. Die Sicherheiten, die die Reichsbank geschaffen hat durch die Gold- und Devisenreserven, sind so groß, daß wir ruhig in Aussicht nehmen können, daß sie die notwendigen Kreditbedürfnisse, die an sie heran treten, wird befriedigen können. Allerdings kann man die Reichsbank in ihren Bestrebungen, die Mark in ihrem vollen Werte zu erhalten, nur unterstützen, daß sie ihre Kredite kontingentierte. Sie kann nur mit kontingentierten Krediten arbeiten. Angesichts der schimmen wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland befindet, kann man nur froh sein, daß der Reichsbankpräsident auf die Einhaltung der von ihm getroffenen Maßnahmen hält.

Ich hielt es daher für meine Pflicht, von dieser Stelle aus für die wichtige Aufgabe, welche die deutsche Finanzverwaltung vor sich hat, beruhigende Worte an Sie zu richten.

Das klingt wesentlich anders, wie die „Warnrufe“ der Internationalen, die sich allerdings nicht bekehren werden, weil ihnen sonst eine Waffe gegen Lohnsenkungen entfallen würde. Und irgendwelche „Gegenstände“ muß „man“ doch haben.

Das kann ja wieder nett werden

Im August halten die sozialistischen Gewerkschaften in Breslau ihren Kongress ab. Für diese Veranstaltung treffen die Kommunisten bereits umfangreiche „Rüstungen“. Sie haben bereits einen Feldzugsplan entworfen, um den „gebührenden Einfluß“ in der sozialistischen Bewegung zu gewinnen. So schreibt die kommunistische „Kote Fahne“ in Nr. 100 folgendes:

„Der Gewerkschaftskongress ist für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung von einschneidender Bedeutung. Auch in diesem Jahre werden die für jeden Arbeiter wichtigsten Fragen dort behandelt. Wir nennen nur: Berufs- oder Industrierverband, Achtstundentag, revolutionäre oder reformistische Gewerkschaftstaktik, Streikregelung, Tarif- und Schlichtungswesen, Betriebsräte usw. Die Gewerkschaftsbürokratie versucht möglichst wenig Geräusch zu machen, um durch viel zu späte Ausschreibung des Kongresses, durch stillschweigende Vornahme der Delegiertenwahlen in kleinen Funktions- und Bürokratiekreisen usw. jede Aufzählung der für alle Gewerkschaftler wichtigen Lebensfragen und jeden Kampf und Meinungskampf zu vermeiden. Je weniger Geräusch, um so höher die Position der Reformisten. Aus diesem Grunde müssen schon jetzt alle klassenbewußten Gewerkschaftsmitglieder die Debatte über den Gewerkschaftskongress in ihren Mitglieder- und Delegiertenversammlungen erzwingen, müssen alle damit zusammenhängenden Fragen aufrollen und die breite Masse der Mitgliedschaft aufklären und im revolutionären Sinne bearbeiten.“

Bei der typischen Unterwürfigkeit der „edlen“ Kommunisten-Heulen unter das parteifunktionäre Joch und bei ihrer anerkannten feindschaftlichen Verbitterung gegen die „Reformisten“ wird diese Parole sicher befolgt werden. Demnach kann Breslau wieder allerlei Intereffekten bringen, wenn die Sozialisten nicht gegenüber ihren ungezogenen kommunistischen Söhnen auf der Hut sind. Vom Standpunkt der Arbeiterinteressen müßte das bedauert werden.

Metalle gestochen sein, die der Bergbach in seinem Geröll mit hinabwusch. Ein Zufall war es vermutlich, der ihm die Schmelzbarkeit dieses neuen Stoffes verriet, eine Entdeckung, die von ungeheurer Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der menschlichen Kultur wurde. Soweit wir bisher sehen, ist diese Entdeckung nicht auf abendländischen Boden gemacht worden. Von Südosten her hat das Kupfer und seine Verarbeitung Eingang in unsere Länder gehalten.“ (Dr. Wels.)

Werkwürdig ist, daß die ersten Gegenstände dieser Periode nicht aus dem einfachen, weichen Kupfer bestanden, sondern bereits aus einer Legierung desselben, aus der Bronze, die diesem Zeitalter auch den Namen gegeben hat. Diese metallurgische Erfindung ist, wie man anbere, im Orient gemacht worden. „Aus dem Orient erhielten die Vorfahren der Griechen und Römer Waffen, Gebrauchsgegenstände und Schmud aus Bronze oder Kupfer. Und lange Zeit blieb ihre Herstellung ein eifersüchtig bewahrtes Geheimnis einiger Völker, die sich so eine Art Monopol schufen. Die Sigenen waren eines dieser Völker. Als Fabrikanten und Reisende durchzogen sie die weite Erde, um ihre Fabrikate unterzubringen. So erklärten sich sowohl ihre Gewohnheit zu wandern, als auch die große Ähnlichkeit unter den Sigenen aller Völker.“ (L. Abenfour.) Sie stammen alle vom selben Volk ab, das seine Heimat wahrscheinlich in Indien hatte, in prähistorischer Zeit über die ganze Erde auswanderte, aber sich nie mit anderen Nationen vermischte. Vielmehr hielten sie sich mit ihrem Fabrikationsgeheimnis streng abgeschlossen, ihre Kenntnisse und Kunstfertigkeiten vererbten sie von Generation zu Generation und blieben so lange Zeit als Familiengeheimnis bewahrt.

So waren also die Sigenen bereits in vorgeschichtlicher Zeit Wanderfabrikanten, die den Völkern des Abendlandes die ersten Bronze- und Kupfergegenstände brachten, sie wurden damit die ältesten Pioniere des Metallwesens für uns, Kolporteurs der Zivilisation in jener Periode, die den Übergang von der Steinzeit zum Bronzezeitalter bildete.

Nachdem man aber die Bedeutung von Kupfer und Bronze erst einmal erkannt hatte, suchte man in den eigenen Bergen danach, und damit entstanden die ersten Kupferbergwerke, die noch in die prähistorische Zeit hinauf reichen.

So hat also dieses merkwürdige Volk der Sigenen eine weltgeschichtliche Mission erfüllt, die nur derjenige begreift, der den Wert des Metalls in unserer heutigen Kulturperiode kennt.

N. K.

Verbandsgebiet

Eibing. Am Dienstag, den 2. Juni, fand in Eibing eine gutbesuchte Versammlung statt. Der erste Vorsitzende Kollege Pöttcher eröffnete dieselbe 6,20 Uhr, und erteilte dem Kollegen Galkowski zum geschäftlichen Teil das Wort. Unter anderem führte Kollege Galkowski aus, daß es den Herren Arbeitgebern hier am Orte, trotz des Tarifvertrages, nicht in der Kermel will, verschiedene Paragraphen anzuerkennen, und es somit nur auf einen Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums darauf ankommen lassen wollen. Hoffentlich werden jetzt die Kollegen unserer Ortsgruppe jetzt zeigen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um auch hier in Eibing bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen. Kollege Pöttcher machte die anwesenden Kollegen aufmerksam, zu der am 14. Juni stattfindenden Delegiertenwahl reiflos zu erscheinen. In Vorschlag wurde Kollege Galkowski gebracht. Unsere Ortsverwaltung stellt zur betreffenden Generalversammlung in Osabrück zwei wichtige Anträge. Darauf hielt Kollege Galkowski einen hochinteressanten Vortrag, in dem er besonders hervorhob, daß es heute die herrschende Klasse wieder versuchen will, ihre Arbeiter zu härten zu machen. Darum Kollegen, besonders hier in Eibing, macht auf, ehe es zu spät ist. Da unsere Jugendabteilung nur schwach vertreten ist, ermahnte Kollege Galkowski zum Schluß die Kollegen, ihre Söhne reiflos unserer Jugendabteilung zuzuführen, um im späteren Kampfe ums Dasein auch gewappnet dastehen zu können. Da hiermit die Tagesordnung erschöpft war, schloß der erste Vorsitzende, Kollege Pöttcher, die eindrucksvoll verlaufene Versammlung.

Köln. Am Samstag, den 6. Juni 1925, hielt die Ortsverwaltung Köln des christlichen Metallarbeiterverbandes Quartalsgeneralversammlung ab. Eingehend wurde der Stand der Ortsverwaltung am Ende des ersten Quartals besprochen, der gute Mitgliederzuwachs von 500 Kollegen begrüßt, zugleich aber stark betont, daß es bei diesem Teilerfolg nicht bleiben kann. — Einen breiten Raum nahmen die Aussprachen über die Lohnbewegung ein, die in diesen Monaten in der Kölner Metallindustrie geführt wird. Um diese Bewegung zu einem guten Ende zu führen, muß ein gutes Organisationsverhältnis in den Betrieben erstrebt werden. Ebenso muß der Geist der Kollegen in den Betrieben wieder der aus der Vorkriegszeit sein, sollen der Arbeiterkampf Erfolge winken. Aber auch die breiteste Öffentlichkeit muß von uns erfahren, wie schwer die Arbeiterschaft mit des Lebens Möglichkeiten ringt. Deshalb verpflichten sich die Teilnehmer an dieser Versammlung, alles zu tun, was zur inneren und äußeren Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes notwendig ist. Damit wird am besten der Slogan der Arbeitgeber abgewehrt, der jetzt scheinbar darauf hinausgeht, den Organisationen den Gnadenstoß zu geben. Die Versammlung ist einstimmig der Ansicht, daß der gesamten Arbeiterschaft nichts notwendiger ist, als ihre Organisation. Nachstehende Entschließung wurde als einstimmiger Willensausdruck angenommen:

Entschließung.

Die am 6. Juni 1925 tagende außerordentliche Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Köln, nimmt Kenntnis von den mit der Kölner Metallindustrie geführten Lohnverhandlungen. Sie drückt ihr Entsetzen und Bestremden aus, über die unverständliche Haltung der Arbeitgeber zu den billigen Verlangen einer Lohnsenkung für die

Änderungen in der Unfallversicherung

Reichstagsabgeordneter Andre.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat in mühevoller und zäher Arbeit die erste Lesung des Entwurfs über Änderungen in der Unfallversicherung erledigt. Der Entwurf hat unter Mitwirkung der Regierungsvertreter vielfach eine völlige Umgestaltung erfahren. Dieses macht die Vornahme einer zweiten Lesung im Reichstags-Ausschuss selbst notwendig. Die wesentlichen Änderungen sind folgende:

1. Die Unfallversicherung erstreckt sich nunmehr auch auf die Verbesserung, Verwahrung, Instandhaltung und Erneuerung des Arbeitsgerätes, auch wenn es vom Versicherten gestellt wird. Dagegen erstreckt sich die Versicherung auf den Weg zur und von der Arbeitsstelle.

2. Bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes ist die sogenannte Drittelfrage gefallen. Die Versicherung erstreckt sich jetzt auf den Jahresarbeitsverdienst bis zu einem Höchstbetrage von 8400 Reichsmark. Die Säzung kann die Versicherung darüber hinaus ausbauen.

3. Bei Verletzungen sind zu gewähren: Krankenbehandlung, Berufsfürsorge und eine Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit.

Sinsichtlich der Krankenbehandlung sind wichtige Neuerungen getroffen worden. Nach dem alten Recht hatte die Berufsgenossenschaft vom Beginn der 14. Woche ab für die Krankenbehandlung aufzukommen. Die Regierungsvorlage ging hierin auf den Beginn der neunten Woche zurück. Auch diese Grenze fiel. Nach den Ausschussbeschlüssen hat die Unfallversicherung vom ersten Tage des Unfalles ab die Krankenbehandlung zu übernehmen. Diese besteht in ärztlicher Behandlung, in der Versorgung mit Arznei und anderen Heilmitteln, in der Ausstattung mit Körpererhaltungsmitteln, orthopädischen und anderen Heilmitteln, die erforderlich sind, um den Erfolg der Heilbehandlung sicherzustellen oder die Folgen der Verletzung zu erleichtern, sowie in der Gewährung von Pflege. Wenn der Anspruch eines Verletzten auf Krankengeld vor dem Ablauf der fünften Woche nach dem Unfall wegfällt, so hat die Krankenkasse der Berufsgenossenschaft die Aufwendungen zu ersetzen. Bei allen schwereren Unfällen, die also nicht in den ersten fünf Wochen ausheilen, gibt es für die Berufsgenossenschaften keine Wartegeld bzw. keine Befreiung von den Leistungen mehr. Die Krankenkassen werden zwar die vorläufige Krankenbehandlung übernehmen; die finanzielle Seite der Sache aber wird im Verrechnungsverfahren zwischen den Krankenkassen und Berufsgenossenschaften geregelt. Das ganze bedeutet eine Lastenverschiebung zu Gunsten der Krankenkassen auf Kosten der Berufsgenossenschaften.

Die Berufsfürsorge wird allen Verletzten (und nicht nur jenen mit 50 Prozent und mehr Erwerbsunfähigkeit nach dem Entwurf) zuteil. Es soll zunächst mit der Zustimmung des Verletzten eintreten; ihr Ziel ist, zu erreichen, daß die verbliebene Arbeitskraft noch nutzbringend verwertet wird. Die Verweigerung des Verletzten, sich der Berufsfürsorge zu unterziehen, ist kein Grund zur Herabsetzung der Rente.

Die Pflege hat infolgedessen eine Verbesserung erfahren, als das monatliche Pflegegeld jetzt 20 bis 75 M beträgt, statt 10 und 60 M nach dem Entwurf.

Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung ist die Neuerung von Bedeutung, wonach sie unfallverletzten selbständigen Unternehmern oder dessen Angehörige, die nicht gegen Krankheit versichert sind, dann die Kosten der ärztlichen Behandlung vom Tage des Unfalles ab zu ersetzen haben, wenn eine Unfallrente von 50 Prozent und mehr gewährt werden muß.

4. Die Verpflichtung zur Gewährung von Rente beginnt bei Verletzten, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung gegen Krankheit versichert sind, mit dem Wegfall des Krankengeldes, spätestens aber mit der 27. Woche nach dem Unfall, bei anderen Verletzten mit dem Beginn der 14. Woche nach dem Unfall. Der soziale Ausschuss legte entscheidenden Wert darauf, die Frage der Renteengewährung möglichst weit hinauszuschieben, um der vielfach beobachteten Rentenhygieie zu begegnen. Bis zum Ablauf der 26. Woche kann die Berufsgenossenschaft anstelle der Rente Krankengeld gewähren; dessen Höhe bemittelt sich nach den Vorschriften der Krankenversicherung. Vom Beginn der fünften Woche nach dem Unfall beträgt jedoch das Krankengeld sieben Zehntel des für die Krankengeldberechnung maßgebenden Grundlohnes. Sofern eine Unfallrente gewährt wird, läuft sie vom ersten Unfalltage ab; dabei gilt der Verletzte, solange er Krankengeld bezogen hat, als völlig erwerbsunfähig. Das gewährte Krankengeld wird jedoch auf die Rente angerechnet.

Auch bei der neuen Regelung hat sich der Unfallverletzte zunächst an die zuständige Krankenkasse zu halten. Diese ist zur vorläufigen Gewährung von Krankenpflege verpflichtet. Die Berufsgenossenschaft kann von sich aus die Krankenkasse mit der Durchführung der Krankenbehandlung betrauen und die ihr ob-

liegenden Geldleistungen bis zur Beendigung des Heilverfahrens durch die Krankenkasse reichen lassen. Für alle diese Leistungen steht der Krankenkasse grundsätzlich ein Anspruch auf Ersatz zu. Nur in jenen Fällen, wo die Krankenbehandlung in den ersten fünf Wochen beendet ist, bleiben die gesamten Kosten an der Krankenkasse hängen.

Sehr umstritten war die Frage, ob bei Renten unter 50 Prozent nur die Hälfte des Jahresarbeitsverdienstes als Grundlage für die Rentenberechnung angenommen werden soll. Der soziale Ausschuss des Reichstages lehnte mit weit überwiegender Mehrheit den Regierungsentwurf ab und bestimmte, daß Unfallverletzte, die völlig erwerbsunfähig sind, sieben Zehntel des berechneten Jahresarbeitsverdienstes als Vollrente erhalten sollen. Alle übrigen Renten stellen entsprechende Prozentsätze aus diesen sieben Zehnteln des Jahresarbeitsverdienstes dar. Die Voraussetzungen für die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes sind also bei allen Unfallverletzten dieselben. Neu ist die Einführung von Kinderzulagen. Solange der Verletzte eine oder mehrere Renten aus der Unfallversicherung bezieht, deren Hundertsätze zusammen die Zahl 50 erreichen (Schwerverletzter) wird zu jeder Rente für jedes einzelne Kind bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres eine Kinderzulage in Höhe von 10 Prozent der Rente gewährt. Diese Zulage erhalten auch Kinder über 15 Jahre, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen vom Verletzten unterhalten werden, bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

An Kindesstatt angenommene Kinder werden den ehelichen Kindern gleichgestellt. Eheliche Kinder müssen nicht vor dem Unfall erzeugt sein. Stiefkinder und Enkel, sowie uneheliche Kinder, sollen die Kinderzulage jedoch nur erhalten, solange sie von dem Rentenempfänger unterhalten werden.

Die sogenannten kleinen Unfallrenten bleiben nach den Ausschussbeschlüssen bestehen. Die Regierungsvorlage, nach welcher Renten unter 20 Prozent nicht mehr gewährt werden sollen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Hinterbliebenenrenten haben ebenfalls eine Verbesserung erfahren. Für Witwen, deren Erwerbsfähigkeit infolge Krankheit oder anderer Gebrechen um mindestens die Hälfte gemindert ist, beträgt die Hinterbliebenenrente zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, gegen früher ein Fünftel. Die Witwe eines Verletzten, der wenigstens 50 Prozent Unfallrente erhielt, soll, wenn der Tod nicht die Folge eines Unfalles ist, eine einmalige Witwenrente erhalten. Witwen oder Wälder sollen nach dem Regierungsentwurf keinen Anspruch gegen die Berufsgenossenschaft erheben können, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen worden und der Tod innerhalb der ersten drei Jahre der Ehe eingetreten ist. Der Entwurf wurde dahin abgeändert, daß nur dann ein Anspruch besteht, wenn der Tod innerhalb des ersten Jahres der Ehe eingetreten ist.

Kinder über 15 Jahre, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen erwerbsunfähig sind oder sich in der Berufsausbildung befinden, sollen die Hinterbliebenenrenten bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres erhalten. Für ein Kindesstatt angenommene Kinder gelten die Bestimmungen, wie bei den Kinderzulagen des noch lebenden Erzhäters. Im übrigen sind die Gesamtbeiträge der Hinterbliebenen von 60 auf 80 Prozent des der Rentenberechnung zugrunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes erhöht worden.

Die alten Unfallrenten, die vor dem Kriege schon gewährt wurden, oder in der Kriegs- und Nachkriegszeit zur Anweisung kamen, werden aufgewertet. Umfangreiche Bestimmungen legen hierfür die Verfahren fest. Hierbei kommen für verschiedene Systeme, je nachdem es sich um Renten für die Zeit von 1885 bis 1914 oder für die Zeit vom 1. Januar 1915 bis 30. Juni 1924 handelt, zur Anwendung.

Durch die Ausschussbeschlüsse werden die Berufsgenossenschaften gegenüber den Verhältnissen der Vorkriegszeit wesentlich stärker belastet. Die Mehrbelastung hängt aber nicht allein mit dieser gesetzlichen Neuregelung zusammen, sondern es müssen alle die Unfälle, die in den letzten elf Jahren vorgekommen sind, und für die Renten gewährt werden, außer Anrechnung bleiben, wenn ein richtiger Vergleichsmaßstab zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit gefunden werden soll. Hinzu kommt, daß der Zustand seit der Markstabilisierung, wonach selbst Vierteljahresrenten in Höhe von 1 M gewährt worden sind, als ein nicht normaler angesehen werden kann. Demgegenüber bringt der Entwurf auch Vorteile für die Berufsgenossenschaften, indem durch die Berufsfürsorge und -pflege, sowie die Durchführung einer zweckentsprechenden Heilbehandlung vom ersten Tage des Unfalles an eine erhöhte Wiederherstellung der Arbeitskraft erreicht und dadurch die Rentenlast vermindert wird. Der ganze Entwurf, wie er aus dem sozialen Ausschuss hervorgegangen ist, bedeutet in seiner Gesamtheit einen erheblichen sozialen Fortschritt.

Wißt Du

einen gerechten Lohn? Eine kulturell notwendige Arbeitszeitverkürzung? Deinen Urlaub sichern? Deine Unterstüzungen erhalten? Nur mit pünktlicher Beitragszahlung in der richtigen Beitragsklasse wirst Du Deine gerechten Forderungen durchsetzen und Deine Ansprüche an den Verband (Unterstützungen) aufrechterhalten.

Arbeiterchaft. Kein Stand und keine Gruppe im Kölner Wirtschaftsgebiet ringt augenblicklich so schwer mit den Lebensmöglichkeiten, als die Arbeiterchaft der Kölner Metallindustrie. — Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und besonders der wirtschaftlichen Notwendigkeiten am Rhein, hat der christliche Metallarbeiterverband bisher eine Politik der Selbstentäußerung getrieben. Da das aber nicht so weitergehen kann, beauftragt die Versammlung die Verbandsleitung, die gesamte Öffentlichkeit von der Lage der Kölner Metallarbeiterchaft zu unterrichten. Als christliche Metallarbeiter sind wir Willens mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unser Recht ein standesgemäßes Leben mit unseren Familien zu führen, zu erstreben. — Wir beauftragen die Verbandsleitung weiter, alle notwendig erscheinenden Schritte zu unternehmen, die zum Ziel führen. Der gesamten Kölner Arbeiterchaft aber rufen wir zu, schließt in diesen ernsten und kritischen Tagen die Reihen enger.

Zum Lohnstreik in der ober-schlesischen Montanindustrie.

Protest des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Große Erregung wurde während der letzten Tage in der ober-schlesischen Arbeiterchaft durch das Bekanntwerden der Stellungnahme des ober-schlesischen Arbeitgeberverbandes zu den für die Montanindustrie gefällten Schiedsprüchen hervorgerufen. Der Christliche Metallarbeiterverband berief deshalb für Freitag, den 22. Mai 1925 eine Bezirksvorstandssitzung nach Hindenburg ein. Ueber die allgemeine Lage und das Verhalten der ober-schlesischen Arbeitgeber berichtete Gewerkschaftssekretär S. A. R. Als Ergebnis der überaus lebhaften Aussprache wurde nachstehende Entschlieung einstimmig angenommen:

Entschlieung:

Der Bezirksvorstand des Christlichen Metallarbeiterverbandes nimmt in seiner außerordentlichen Sitzung am 22. Mai 1925 zu Hindenburg Kenntnis von den Maßnahmen der ober-schlesischen Verbandsleitung zur Verbesserung der Lohnverhältnisse der Metallarbeiterchaft und spricht ihr erneut volles Vertrauen aus.

Ein Teil des wohlverdienten Lohnes wurde jedoch bei der letzten Lohnzahlung von den ober-schlesischen Unternehmern unberechtigt zurückgehalten und bis heute noch nicht ausbezahlt. Dieses Vorgehen der Arbeitgeber wird als ein weiterer Beweis dafür angesehen, welcher Willkür und Bedrückung die Industriearbeiterchaft Oberschlesiens ausgesetzt ist, wenn ihr der gewerkschaftliche Schutz fehlt.

Deshalb richtet der Bezirksvorstand des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands an alle Metallarbeiter die dringende Mahnung, noch mehr als bisher dem Christlichen Metallarbeiterverband beizutreten.

Gegen die weitere Zurückhaltung des Lohnes wird hiermit öffentlich protestiert, da das Verhalten der Arbeitgeber den bestehenden Gesetzen und christlichen Grundsätzen widerspricht.

Die Verbandsleitung wird beauftragt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die volle Auszahlung der nach dem Schiedsprüchen vorgezeichneten Löhne baldigt zu erwirken.

Außerdem sandte auch eine am 20. Mai 1925 tagende Vertreterkonferenz der Metallarbeiterverbände nachstehendes Telegramm an das Reichsarbeitsministerium:

Arbeitgeber haben Schiedspruch in Eichenhütten bei jeglicher Lohnzahlung nicht durchgeführt. Begreifliche Erregung unter der Arbeiterchaft. Beantragen Abhilfe gegen Vertragsbruch der Arbeitgeber.

Die Arbeitgemeinschaft der Metallarbeiterverbände.

Es war voraussehen, daß das Arbeitsministerium eine Änderung der bestehenden Rechtslage nicht vornehmen würde. Die Anträge der Arbeitgeber bezüglich einer Wiederaufnahme der Schiedsverfahren wurden mit Rücksicht auf die überaus große Notlage der ober-schlesischen Metallarbeiterchaft abgelehnt. Die Vertreter der Metallarbeiterverbände hatten Gelegenheit erhalten, am 12. Mai einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums die Dringlichkeit einer Erhöhung der Verdienste der Arbeiterchaft im Interesse der Volkswirtschaft nachzuweisen. Gleichzeitig wurde das geringe Ausmaß der vorgesehenen Lohnhöhung betont, da auch die neuen Löhne der Arbeiterchaft eine auskömmliche Lebenshaltung noch bei weitem nicht gestatten würden. Für die in die Arbeiterchaft hineingetragene Beunruhigung und die daraus sich ergebenden Folgen müßten die Arbeitgeber in vollem Umfange verantwortlich gemacht werden. Ihr Vorgehen zeigt der Arbeiterchaft, wie sehr sie sich durch gewerkschaftliche Selbsthilfe schützen muß.

Bekanntmachung

Sonntag, den 28. Juni, ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

In vielen Verwaltungsstellen besteht noch darüber Unklarheit, daß die Unterzahlungsansprüche jeglicher Art die Beiträge in Abzug gebracht werden müssen. Nach den Bestimmungen des Verbandsvorstandes ist in jedem Fall der Auszahlung von Unterzahlungen der Beitrag in Abzug zu bringen.

Geldbeingänge

Geldbeingänge bei der Hauptkasse im Monat Mai.

Wachen 7. 5. 299,40 Mark, 13. 5. 150 Mark, 22. 5. 917,20 Mark, Ahlen 14. 5. 360 Mark, 16. 5. 450 Mark, 19. 5. 1400 Mark, Amberg 2. 5. 500 Mark, 8. 5. 800 Mark, 22. 5. 853,57 Mark, 28. 5. 350 Mark, Augsburg 26. 5. 227,60 Mark, Augsburg 4. 5. 800 Mark, 27. 5. 1000 Mark, Batzen 4. 5. 200 Mark, 22. 5. 400 Mark, 28. 5. 300 Mark, 30. 5. 200 Mark, Beleda 16. 5. 159,21 Mark, Berlin 19. 5. 1080,28 Mark, Bernburg 13. 5. 59 Mark, Hilden 16. 5. 1300 Mark, Bielefeld 19. 5. 300 Mark, 25. 5. 1100 Mark, Bielefeld 19. 5. 380,15 Mark, 19. 5. 100 Mark, Biberach 5. 5. 40,85 Mark, Bochum 25. 5. 1934,17 Mark, 20. 5. 90 Mark, Bonn 18. 5. 200 Mark, Braunsberg 15. 5. 169,16 Mark, Bremerhaven 16. 5. 20,26 Mark, Breslau 2. 5. 242,47 Mark, Briesg 11. 5. 85,09 Mark, Cassel 22. 5. 81,60 Mark, Chemnitz 2. 5. 315,85 Mark, Crefeld 15. 5. 127,33 Mark, Chem-

thal 16. 5. 40 Mark, Dillenburg 9. 5. 11,50 Mark, 23. 5. 27,90 Mark, 30. 5. 1000 Mark, Dortmund 16. 5. 258,30 Mark, 8. 5. 500 Mark, 18. 5. 230 Mark, 20. 5. 1230 Mark, Duderstadt 29. 5. 49,85 Mark, Duisburg 2. 5. 1300 Mark, 12. 5. 165,15 Mark, Düren 25. 5. 1600 Mark, Düsseldorf 9. 5. 1000 Mark, 16. 5. 981,54 Mark, 28. 5. 1500 Mark, Essen 7. 5. 1700 Mark, 16. 5. 1073,95 Mark, 25. 5. 105,86 Mark, 27. 5. 1400 Mark, Eulau 15. 5. 35,90 Mark, Flensburg 176,71 Mark, Frankfurt a. M. 2. 5. 600 Mark, 15. 5. 300 Mark, 23. 5. 350 Mark, 26. 5. 250 Mark, Friedersheim 11. 5. 1200 Mark, 16. 5. 250,29 Mark, 30. 5. 700 Mark, Fürstenwalde 6. 5. 51,22 Mark, 20. 5. 89,95 Mark, Gützwangen 11. 5. 343,30 Mark, Friedrichshafen 4. 5. 34,05 Mark, Gelsenkirchen 18. 5. 1345,70 Mark, Geyersberg 1. 5. 194,35 Mark, St. Georgen 18. 5. 92 Mark, M.-Gladbach 6. 5. 1000 Mark, 11. 5. 1500 Mark, 19. 5. 782 Mark, Gladbach 11. 5. 11,48 Mark, Gmünd 5. 5. 686,14 Mark, Görtz 12. 5. 40,25 Mark, 27. 5. 142,30 Mark, Gotha 15. 5. 48,30 Mark, Gottmadingen 29. 5. 64,06 Mark, Grevenbrunn 23. 5. 35 Mark, 29. 5. 350 Mark, Groß-Ilse 4. 5. 54,13 Mark, 23. 5. 47,25 Mark, Göttingen 26. 5. 577,55 Mark, Gütenbach 8. 5. 260,30 Mark, Hagen 9. 5. 258,64 Mark, 14. 5. 700 Mark, 20. 5. 1510,64 Mark, Hamburg 15. 5. 1650 Mark, Hamm 16. 5. 1700 Mark, Hamburg 19. 5. 139,30 Mark, Hannover 15. 5. 499,03 Mark, 27. 5. 600 Mark, 29. 5. 70,73 Mark, Heilbronn 15. 5. 17,52 Mark, Heiligenstadt 12. 5. 40 Mark, Hildesheim 12. 5. 500 Mark, 13. 5. 195,46 Mark, Hindenburg 2. 5. 340 Mark, 29. 5. 120 Mark, Höchst 26. 5. 300 Mark, Hörde 16. 5. 909 Mark, Höfster 18. 5. 98 Mark, Sunstüdt 1. 5. 487,30 Mark, Jauer 22. 5. 32,27 Mark, Ingolstadt 18. 5. 250 Mark, Jericho 22. 5. 800 Mark, 23. 5. 42,50 Mark, Kaiserslautern 14. 5. 974,55 Mark, Karlsruhe 5. 5. 222,70 Mark, Kempten 20. 5. 400 Mark, 23. 5. 120 Mark, Kiel 28. 5. 900 Mark, Köln 19. 5. 3502,77 Mark, 20. 5. 1700 Mark, Königsberg 20. 5. 30 Mark, Konitz 18. 5. 47,45 Mark, Küdnitz 18. 5. 135,15 Mark, Lamsdorf 15. 5. 48,80 Mark, Lauchertal 7. 5. 70 Mark, 25. 5. 131,60 Mark, Leipzig 13. 5. 600 Mark, 28. 5. 250 Mark, Lenkisch 12. 5. 22,4 Mark, Lippstadt 12. 5. 450 Mark, 15. 5. 500 Mark, 26. 5. 400 Mark, 23. 5. 750 Mark, 30. 5. 150 Mark, Lötzbach 25. 5. 34,90 Mark, Lüdenscheid 1. 5. 600 Mark, 19. 5. 600 Mark, 26. 5. 41,40 Mark, 27. 5. 350 Mark, Ludwigshafen 20. 5. 1174,70 Mark, Mainz 5. 5. 18,65 Mark, Mannheim 8. 5. 150 Mark, 16. 5. 350 Mark, 19. 5. 100 Mark, Martirewhig 13. 5. 128,2 Mark, Meißen 11. 5. 31,65 Mark, Menden 15. 5. 1200 Mark, M. tamm 7. 5. 400 Mark, M. am 13. 5. 123,40 Mark, Mühlheim a. S. 5. 1591,15 Mark, 29. 5.

750 Mark, 16. 5. 600 Mark, München 11. 5. 325,48 Mark, 23. 5. 1000 Mark, Münster 15. 5. 2030,94 Mark, Neheim 22. 5. 2250 Mark, 23. 5. 800 Mark, Neurode 18. 5. 9,57 Mark, Neusalz 1. 5. 294,44 Mark, 30. 5. 473,20 Mark, Neustadt/Schw. 2. 5. 25,80 Mark, Nürnberg 12. 5. 500 Mark, 13. 5. 500 Mark, 19. 5. 500 Mark, 20. 5. 500 Mark, Redarum 15. 5. 216,84 Mark, Oberreichtädt 22. 5. 160,04 Mark, Oberreichtädt 18. 5. 112,85 Mark, Ofenbach 5. 5. 250 Mark, 9. 5. 100 Mark, 11. 5. 200 Mark, 27. 5. 100 Mark, Oer 19. 5. 224,48 Mark, Olpe 30. 5. 2109,77 Mark, Oßersleben 16. 5. 45,73 Mark, Osnabrück 29. 5. 1775 Mark, 16. 5. 457,60 Mark, 18. 5. 425,18 Mark, Osberg 14. 5. 700 Mark, 15. 5. 300 Mark, 19. 5. 308,38 Mark, Papenburg 20. 5. 100,23 Mark, Peine 15. 5. 226,10 Mark, Pleitenberg 25. 5. 400 Mark, 25. 5. 175 Mark, Pforzheim 18. 5. 306 Mark, Brinckau 16. 5. 78,77 Mark, Radolfzell 18. 5. 65,96 Mark, Ravensburg 22. 5. 123,90 Mark, Regensburg 2. 5. 130 Mark, 15. 5. 145,83 Mark, 20. 5. 200 Mark, Remscheid 11. 5. 200 Mark, 15. 5. 308 Mark, 19. 5. 334,52 Mark, Rüssel 20. 5. 10 Mark, Rostock 7. 5. 29,35 Mark, Rottenburg 11. 5. 200 Mark, 20. 5. 204 Mark, Saalfeld 22. 5. 43,30 Mark, Schönaich 20. 5. 86,10 Mark, Södnwaid 14. 5. 32,47 Mark, Schramberg 4. 5. 120 Mark, 25. 5. 100 Mark, Schweidnitz 14. 5. 48,28 Mark, Schwelm 9. 5. 500 Mark, 25. 5. 500 Mark, 26. 5. 500 Mark, Saulzried 12. 5. 51 Mark, 30. 5. 59,50 Mark, Schwemmingen 23. 5. 77,35 Mark, Siegen 15. 5. 800 Mark, 18. 5. 1200 Mark, 22. 5. 1000 Mark, 25. 5. 333,82 Mark, Singen 14. 5. 182,28 Mark, Solingen 16. 5. 3100,31 Mark, Sömmersha 18. 5. 105 Mark, Stolberg 22. 5. 1102 Mark, 26. 5. 23,40 Mark, Stadach 7. 5. 22 Mark, Stettin 14. 5. 12 Mark, Stuttgart 20. 5. 864,60 Mark, Tübingen 18. 5. 191,45 Mark, Tuttingen 12. 5. 180 Mark, 18. 5. 125 Mark, 20. 5. 100 Mark, 22. 5. 15 Mark, 13. 5. 700 Mark, Uelbert 28. 5. 1500 Mark, 28. 5. 194,19 Mark, Wiblingen 18. 5. 271,80 Mark, 30. 5. 139,15 Mark, Wöhrenbach 14. 5. 207,47 Mark, Wadbrich 8. 5. 7,05 Mark, 19. 5. 105,05 Mark, Warstein 6. 5. 167,67 Mark, 29. 5. 24,49 Mark, Weingarten 18. 5. 205,50 Mark, Weilburg 14. 5. 64,77 Mark, Werboth 26. 5. 900 Mark, 28. 5. 157,25 Mark, Wehr 22. 5. 87,47 Mark, Wilhelmshafen 2. 5. 128,50 Mark, Witten 18. 5. 279,40 Mark, Wormzdiel 20. 5. 6,75 Mark, Würzburg 20. 5. 112,75 Mark.

Die Verwaltungsstellenassistenten wollen die oben angeführten Geldbeingänge mit den von ihnen eingehenden Wohnungsgeldern vergleichen und etwaige Anstände umgehend der Hauptkasse mitteilen.

Arbeitsleistung, Arbeitszeit, Lohn

Johann Burgarth.

Diese drei Worte sind in der Vergangenheit und Gegenwart sehr häufig der Gegenstand lebhaftester Unterhaltung in den Versammlungen der Arbeitgeberverbände, bei den Tagungen der Handelskammern, bei den Tagungen der Gesellschaft für soziale Reform, bei den Zusammenkünften der christlichen Konfessionen und bei den Beratungen der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Ueberall, wo über das Wohl des deutschen Volkes beraten wird, kann man den Begriff dieser drei Worte nicht außer Acht lassen. Die Arbeitgeber sind der Ansicht, daß die Arbeitsleistung seit der Revolution erheblich zurückgegangen ist und vielfach auch heute noch nicht die Friedensleistung erreicht sei, und fordern höhere Leistungen der Arbeiter. Auch andere Kreise, die den Industriellen nahe stehen, sind durch ständige Reden und Schreiben seitens der interessierten Kreise allmählich überzeugt, daß die Arbeiterchaft ihre vaterländischen Pflichten nicht so erfüllt, wie sie diese als Staatsbürger zu erfüllen haben. Die gewerkschaftlichen Organisationsvertreter stehen mit den Vertretern der beiden christlichen Religionsgemeinschaften auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsleistungen der Arbeiter, vornehmlich im Bergbau und in der Metallindustrie (Schwerindustrie), das Höchstmögliche erreicht, wenn nicht schon überschritten haben. Auf Grund dieser Erkenntnis werden anlässlich der Tagungen, Entschlieungen angenommen und in der Tagespresse veröffentlicht, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche durch Ueberanstrengung des menschlichen Körpers in den genannten Industrie der Nation entstehen. Die Arbeitgeber sind, wenn derartige gutgemeinte Entschlieungen in der Öffentlichkeit erscheinen, sofort dabei, an Hand „sorgfältig“ ausgewählten Materials der Öffentlichkeit zu beweisen, daß nicht die Arbeitsleistung, sondern andere Umstände Schuld sind an den hohen Konsums- und Unfallziffern. In der heutigen Zeit findet nur das Bestreben, was zahlenmäßig nachgewiesen werden kann. Die übrigen Volksteile haben keine Gelegenheit, in das Zahlenspiel der Unternehmer einzudringen, welches täglich aus dem Unternehmertage der Öffentlichkeit unterbreitet wird. Das öffentliche Gewissen wird auf diese Weise geblödet. Selbst die führenden Leute der Regierung, im Reichsarbeitsministerium, Handelsministerium sind nicht immer in der Lage, dem Zahlenmaterial standhaft zu halten, das in den verschiedensten Variationen vorgeführt wird.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind leider gegenüber dieser Arbeit der Unternehmer fast machtlos. Die winzigen Zahlen, die nur von den Arbeitern zur Verfügung gestellt werden können, stellen zwar nur ein Bruchteil des Zahlenmaterials, der Unternehmer dar, jedoch dürfte die praktische Bedeutung dieser Zahlen, denen der Unternehmer, welche von theoretischen Berechnungen ausgehen, das Eine voraussetzen, für die Wirklichkeit durchschlagender zu sein. Es ist dringend notwendig, der Öffentlichkeit nachzuweisen, welches großes Unrecht es ist, daß an den Stellen, wo die Arbeit außerordentlich schwer ist, die Arbeitszeit am längsten dauert.

Nachfolgend einige Beispiele über die Arbeitsleistung in der Hüttenindustrie:

In einem modernen Hochofenwerk im Industriegebiet werden am Hochofen je Schicht im Durchschnitt 38 Sätze gemacht. Zu einem Satz hat der Erzschmelzer zwei Wagen je 14 Zentner zu laden und außerdem den Wagen 150 bis 200 Meter zu transportieren. Demnach wären 38 Satz pro Schicht gleich 72 Wagen oder 1008 Zentner zu laden und zu transportieren. Infolgedessen muß der Erzschmelzer bei zehnstündiger Arbeit innerhalb 83 Minuten 14 Zentner laden und den Transport bewerkstelligen.

Der Kalkschmelzer hat je Satz 3 Zentner Kalk zu laden und zu transportieren. Er muß bei 36 Satz 72 Wagen je Wagen 11,5 Zentner laden und transportieren gleich 828 Zentner. Bei zehnstündiger Arbeitszeit muß er in 83 Minuten 11,5 Zentner laden und transportieren.

Der Kalkschmelzer muß je Schicht 128 Wagen Kalk laden, je Wagen 6,5 Zentner, gleich 832 Zentner. Bei zehnstündiger Arbeit muß er innerhalb 4,5 Minuten einen Wagen Kalk laden. Der Transport erfolgt durch Seilbahn. Es sei noch bemerkt, daß vor dem Kriege an demselben Ofen mit dem gleichen Konsums an

Durchschnitt 28 Sätze je Schicht gemacht wurden. Die Sätze ergaben drei Abträge, je Abtrieb 30 bis 38 Tonnen schwer. Jetzt werden 38 Sätze je Schicht gemacht, dies ergeben 5 Abträge, je Abtrieb 40 bis 45 Tonnen schwer.

Um den richtigen Begriff von den Arbeitsleistungen dieser genannten Arbeiter zu bekommen, bedenke man, daß die Erzschmelzer täglich 5 Waggons a 200 Zentner, ist 1000 Zentner, Erz ausladen und fahren müssen. Der Mann erhält pro Zentner zu laden etwa $\frac{1}{4}$ Pfg. Lohn.

Der Kalkschmelzer hat täglich 4 Waggons Kalk, ist 800 Zentner, zu laden und zu transportieren.

Der Kalkschmelzer ladet ebenfalls pro Schicht 4 Waggons oder 800 Zentner. Zur Illustration stellen wir den Arbeiter daneben, welcher gelegentlich die privaten Kohlen oder Koks in den Keller schafft, welcher für diese Arbeit 5 bis 10 Pfg. pro Zentner erhält. Wie himmelhoch steht demgegenüber der Mann am Hochofen mit seinen Leistungen dar und welche schreiender Lohnunterschied macht sich hier bemerkbar.

Was die Arbeitszeit dieser Arbeiter betrifft, so dürfte wohl keinem, der in den letzten Monaten eine Zeitung gelesen hat, unbekannt sein, daß die Arbeitszeitfrage in der Hüttenindustrie eine große Rolle gespielt hat. Die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen vertraten sich von der Ratifizierung des Washingtoner-Abkommens, welches bekanntlich die Arbeitszeit international regeln sollte, eine Erleichterung für die Arbeiter. Die christlichen Arbeiterorganisationen betrachten die evtl. Ratifizierung nicht als das Allheilmittel, sondern stehen auf dem Standpunkt, daß die Ratifizierung nur als die Grundlage der Arbeitszeitregelung dienen kann, die Arbeitszeit selbst zwischen den Vertragskontrahenten, Unternehmer- und Arbeiterorganisationen durch Tarifvertrag geregelt werden muß, um den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zu realisieren und zu festigen. Der Reichsarbeitsminister hat durch Verfügung vom 20. Januar 1925 eine Verordnung herausgegeben, wonach eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Hochofen und Kokerien einzuführen ist. Der Sinn der Verordnung ließ deutlich erkennen, daß für diese Betriebe und deren Arbeiter die achtkundige Arbeitszeit eingeführt werden müsse. Die Unternehmer versuchten aus dem Wortlaut der Verordnung etwas anderes herauszuholen und nach langem Ringen, als die Gefahr einer wirtschaftlichen Katastrophe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nahe gerückt war, bequeme sich das Reichsarbeitsministerium einseitig auszusprechen, daß die Verordnung die achtkundige als das Gebotene ansehe. Nachdem hierüber kein Zweifel mehr bestand, ergaben sich Schwierigkeiten über den Begriff, was ist Hochofenarbeiter. Die Unternehmer faßten den Begriff der direkten Zufuhr am Hochofen so auf, daß der Mann auf der Höhe als derjenige in Frage komme, welcher von der Verordnung erfasst worden sei und im Gießbett betrachtete man den Arbeiter, der die Rinnen zum Auslauf des flüssigen Eisens machte, als den letzten der als Hochofenarbeiter anzusprechen sei. Die Gewerkschaftsführer vertraten entsprechend dem Wortlaut der Verordnung die Ansicht, daß unter direkter Zufuhr auch diejenigen Arbeiter zu verstehen sind, die das Erz und den Koks, sowie die sonstigen Bestandteile des Möllers zum Hochofen zu schaffen haben. Ferner diejenigen Arbeiter, die das geschmolzene Eisen, nachdem es abgekühlt ist, an geeignete Stellen bringen oder das flüssige Eisen vom Hochofen sofort zum Thomaswerk befördern, das sind die Maschinenisten und Lokomotivführer, welche von dem Gang des Hochofens abhängig sind. Wieviel Arbeitsstunden, Tinte und Papier seitens der Arbeitgeberverbände benutzt worden ist, um nachzuweisen, daß die Durchführung der Verordnung unmöglich sei und die Industrie zu Grunde richten würde, können wir nicht feststellen, wohl aber ist festzustellen, daß die Unternehmerberichte erheblich übertrieben sind und mit der Wahrheit es nicht sehr genau genommen wurde. Die Behauptung der Unternehmer, daß bei der Wiedereinführung der achtkundigen Arbeitszeit an den Hochofen bis 50 Prozent Arbeiter mehr notwendig seien, ist durch die Praxis glatt widerlegt worden. Darüber gestatten wir uns, in der nächsten Nummer ein eingehendes Bild zu entwerfen.



Tausend Jahre Rheinland

Beilage zum Verbands-Organ des Christlichen Metallarbeiter-Verbands

925 - 1925

Von Archivar Dr. Paul Wenke.

Die Zeit nach dem Tode Karls des Großen, dessen staatsmännische Hand das Land der Franken, Sachsen und Bayern in eine einheitliche Form zu gießen versucht hatte, war angefüllt mit gegenseitigen Kämpfen der Deutschen und der Zerstückung ihrer Gebiete. Damals schon suchte das sich konsolidierende Frankreich der Länder um den Rhein durch Verträge zu bemächtigen. Erst Heinrich dem Vogler, dem Sachsenherzog, gelang es 925, das Rheinland endgültig für Deutschland zu retten.

Auch der Sachsenherzog aber blieb durchaus abhängig von der Ueberlieferung, die fünf Jahrhunderte schon das fränkische Herrenvolk führte. Durch seine Wahl zum König Ostfrankens ward er mit seinem ganzen Geschlecht ein „sächsischer Franke“, der von nun an fränkisches Recht anwandte. Die „Franken“ selbst, die mainabwärts auf dem Marsch zum Rhein ständige Siege gewannen und mit den Volksgenossen am Mittelrhein einen neuen „Stamm“ bildeten, nahmen ihn in den eigenen Geschlechtsverband auf. Nach schweren Kämpfen, in denen der bayerische Herzog Arnulf zum ersten „Gegenkönig“ der deutschen Geschichte ausgerufen wurde, gehörten auch Schwaben und Bayern dem Sachsen als Nachfolger und Erben der fränkischen Herrschaft. Unter dem Druck aber, den die Westfranken damals am Rhein ausübten, wurde den Bayern eine Sonderstellung im neuen ostfränkisch-deutschen Staat zugestanden, deren Ueberlieferung bis in unsere Tage fortwirkt. Als Franke erhob Heinrich den Anspruch auf das alte Hausgut seines Stammes. Innerer Zwist im lothringischen Zwischenreich, der auf das Kernland Westfrankens übergriff, erleichterte den Kampf.

Thronstreitigkeiten in Westfranken erst ermöglichten der geschickten Diplomatie König Heinrichs neue außenpolitische Erfolge von besonderer Größe. Im Herbst 923 ist die Vereinigung Ostlotharingens mit dem Reich König Heinrichs gelungen. Seit 923 zählen die Trierer Urkunden und Herzog Giselaert selbst nach den Regierungsjahren Heinrichs I.; die Kölner und Aachener Annalen setzen gar seine Thronbesteigung ebenfalls erst in dieses Jahr. Zum ersten Male fanden sich die fünf neuen „Stämme“ des deutschen Volkes: Franken, Sachsen, Alamannen, Bayern und Lothringer in einem einheitlich geführten Staatswesen vereinigt. Zum ersten Male war die große Einigung des deutschen Rheintals gelungen, die seitdem in Gewinn und Verlust die Schicksalszeiten unseres Volkes bezeichnen sollte. Auch diese Erwerbung war zunächst noch ungesichert, solange nicht auch Westlothringen sich anschloß. Die Reichsgrenze, die ein halbes Jahrhundert zuvor west- und ostfränkisches Staatsgebiet schied, war noch nicht erreicht. Lotharingen selbst, das im Gefühl der Bevölkerung bereits als Einheit galt, wurde seinerseits nun aufs neue zerrissen.

Ein Einfall der Magyaren hielt König Heinrich im Osten seines Reiches jurid. Ein glücklicher Schlag erst ermöglichte den bekannten neunjährigen Waffenstillstand, der ihm die Hände freigab zum neuen Vorstoß im Westen. In seinen Anfängen schon sah sich das deutsche Reich von den gleichen Kampf nach beiden Seiten gequält, der seitdem das Schicksal Mitteleuropas wurde. Gestützt auf das neue Berufsheer, das er sich in der sächsischen Heimat bildete, durfte der König im Frühsommer 925 den entscheidenden Zug zur letzten Wiedervereinigung der lothringischen Lande wagen. Der wichtigste und bedeutungsvollste Erfolg war erst später im Herbst 925 die Eroberung der Stadt Metz, die Heinrich nach hartem Kampfe bezwang. Zum ersten Male in der Geschichte des letzten Jahrtausends entschied der Besitz gerade dieser Festung über das Geschick des deutschen Staates, dessen Macht nun am unübertroffenen Eigentum an beiden Ufern des deutschen Stromes haftete. Mit Metz fiel auch Zabern wieder in deutsche Hand. Jetzt erst war endlich auch das Elsaß gegen fremden Ueberfall gesichert. Im Brennpunkt dieses einen Jahres laufen alle Strahlen zusammen, die die geschichtliche Einheit des Rheintals bis in unsere Tage hinein erhellen und beleuchten.

Auf alle Fälle war Ende des Jahres 925 ganz Lothringen dem deutschen Könige endgültig unterworfen. Auch in den westlichen Teilen des Landes, im Kloster Gorze und in Tull, wurde nun nach Heinrichs Regierungsjahren gezählt. Das Bistum Verdun, jetzt der äußerste Vorposten des deutschen Reiches, besetzte der König sofort aufs neue. Die wenigen Tatsachen, die uns die spä-

terlichen Quellen überliefern, zeigen gerade in diesen ersten Regierungshandlungen des Königs einen bemerkenswerten Weitblick und ein starkes weltpolitisches Verständnis für die Bedeutung der Stunde.

Der Kölner Dom

Martin Greif.

Mal der Eintracht aller Stämme,
Wachle fort, erhabner Dom,
Wie die Vorwacht starker Dämme
Stehst du da am deutschen Strom,
Haus, der Gottesfurcht geweiht,
Träumend von Unendlichkeit.

Wer in deinen Bau getreten,
Heil'ge Schauer nahe spürt,
Wen es überkommt zu beten,
Ahnungsvoll emporgeführt,
Jedem spricht das Herz dabei,
Daß er hier ein Deutscher sei.

Und er steht in dir der Stärke
Wie zugleich des Friedens Bild,
Außen dräuend fast im Werke,
Innen sanft, gedämpft und mild,
Da der Fenster glutend Licht
Dämmer webt und Helle bricht.

Alle, die nach tausend Jahren
Deinen hohen Wunderbau
Wie wir jetzt vorüberfahren,
Halten an der stolzen Schau,
Und der treue Enkel preist
Seiner Väter frommen Geist.

Die Zeit eines selbständigen Mittelreichs, das sich nicht als lebensfähig erwiesen hatte, und die Jahre des Schwankens zwischen Ost und West sind beendet. Mit 925 beginnt für die Rheinlande eine Jahrhunderte ununterbrochene Verbindung mit dem rechtsrheinischen Deutschland. Im Reich allein werden auch die Rheinlande für immer zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden, die bis heute alle Wechselfälle überdauert. Die ungeheure Bedeutung dieser Ereignisse freilich war den Zeitgenossen noch verschlossen. Den Nachlebenden erst, denen im Spiegel der Vergangenheit die Leiden und die Größe der Gegenwart erscheinen, wird das Jahr 925 zur Schicksalswende auch des Reiches.

Der Heimfall dieser Kerngebiete des alten Frankenreiches gab dem deutschen Staat das volkreiche Land zurück, das, im Besitz uralter Kultur, auch wirtschaftlich zu den reichsten Gebieten des Abendlandes zählte. Hier allein wirkte von innen heraus die römische Ueberlieferung nach, die mit den Anfängen unserer Zeitrechnung einsetzt und hier zuerst von der christlichen Kirche bewußt übernommen und weitergepflegt wurde. Hier allein war schließlich eine Ueberzahl an Menschen, die Staatspolitik, Kultur und Wirtschaft vorwärtstreiben konnten.

Die Hausmacht der sächsischen Kaiser lag in diesen Gauen, die schon der Vertrag von Verdun dem Ostfrankenreiche zusprach. Die Stauer endlich waren als Herzöge Elsaß und Schwaben berühmt. Für Otto von Freising, den Geschichtsschreiber und Oheim Friedrich Barbarossas, lag die „größte Kraft des Reiches auf dem linken Ufer des Oberrheins zwischen Basel und Köln“. Bis ins 13. Jahrhundert hinein geht ein starker, befruchtender Strom an Führern und Willenskraft von den östlichen Randgebirgen, vom Schwarzwald und der Schwäbischen Alb, vom Westerwald und vom Bergischen Land herab in das Rheintal. In diesen ersten Jahrhunderten des deutschen Mittelalters ist aus der Verbindung des

Rheintals mit den übrigen „Stämmen“ der Sachsen und Franken, Schwaben und Bayern ein deutsches Reich erst entstanden.

Als Preußen im Jahre 1815 die heutige Rheinprovinz und mit ihr Köln und Aachen, Koblenz und Trier samt dem rechten Ufer des Niederrheins, den Hauptteil also des alten Ostlotharingens, erwarb, ward damit der Grundstock zu einer neuen nationalen Schicksalsgemeinschaft gelegt. Unwillig genug übernahm der norddeutsche Großstaat neben seiner großen Aufgabe im Osten auch die Grenzwehr im Westen. Um so freudiger klang die Begeisterung, mit der im Rheinischen Merkur der Koblenzer Josef Görres das Volk der Preußen als „Grundsäulen Deutschlands“ gefeierte: „Der Adler hat den Krallen des raubfüßigen Westens sich entwunden und wird sich ferner wieder in dem Lichte sonnen, das über Deutschland aufging.“ Weder Volk noch Fürsten aber kamen als Fremde: Die Altmark wie das Ordensland Preußen, Schlesien und Pommern waren vom Nider- und Mittelrhein vor allem besiedelt und dem Deutschtum gewonnen worden. Alle die staatlichen und kulturellen Kräfte, die wirtschaftlich und städtisch in der West- und in der ungeliebten Kleinstaaterei welscher und geistlicher Herrschaften verlor, fasten tatkräftige Führer jenseits der Elbe zu einer neuen Einheit zusammen. Seit zwei Jahrhunderten schon war auch der brandenburgisch-preussische Staat den Rheinlanden nicht mehr fremd. In Kleve, Mors und Geldern hatten die Kurfürsten und Könige bereits Außenstellungen nach Westen bezogen, aus denen dem Fürstenhaus und der Staatsverwaltung Anregungen von besonderer Bedeutung zukamen. Von innen heraus konnte die Ueberlieferung der norddeutschen Großmacht die mannigfachen Widerstände überwinden, die ihr am Rhein im 19. Jahrhundert entgegenstehen, weil wirtschaftliche Entwicklung und politischer Eigennuß sie selbst wiederum auf Gedeih und Verderb mit ihren westlichen Provinzen verbanden.

Im Rahmen und Verbands des Reiches aber darf Preußen vor allem diese Erinnerung wecken. Noch immer stehen wir im Damm und Zwang dieser zweiten Wendung in Deutschlands Geschichte. Noch immer ist auch die deutsche Aufgabe und Pflicht der ost- und norddeutschen Volksgenossen nicht erfüllt, die vor hundert Jahren gerade ein Rheinländer in wundervoller Klarheit umriß. „Die Vereinigung dieser weiten Lande mit Preußen“, schrieb der Düsseldorf-Dichter Karl Immermann, „ist das größte und glücklichste Ereignis, welches sich seit Jahrhunderten in der deutschen Geschichte zutrug, denn dadurch wurde eine mächtige historische Wahlverwandtschaft geknüpft, die nur fruchtbar sein kann.“ In engstem Verein heben sich die Jahre 925 und 1815 aus dem Dunkel der Zeiten. Das Schicksal der Rheinlande selbst zeigt uns Vergangenheit und Zukunft des Reiches. Die Sicherung der deutschen Westgrenze weit jenseits des Rheins war die Vorbedingung für die Aufrichtung eines deutschen Staates, dessen Größe und Kraft in der Erinnerung unzähliger Geschlechter noch fortwirkten, bis auch in ihnen ein neues, bewußteres Gefühl völkischer, geistiger und wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit erwuchs, als es die Zeitgenossen der karolingischen Erben und der sächsischen Kaiser kannten. Bayern und Sachsen, Franken und Alamannen waren zum eintönigen Dasein eines Binnenstaates verurteilt, denken wir uns die weiten Gefilden an beiden Ufern des Niederrheins, an Scheide, Maas, Mosel und Ems wie die Hauptflüsse des deutschen Meeres aus den Schicksalszeiten unseres Volkes weg. Eigenbrötlei der Stämme und weltbürgerlicher Imperialismus stritten um die Entscheidung, als der Herzog der Sachsen in die Geschichte der Rheinlande eingriff. Alle die großen Fragen, die die abendländische Geschichte bis in unsere Tage stellt, waren damals bereits aufgeworfen. Heinrich I. hat sie im einzigen Sinne gelöst, der den deutschen Stämmen, dem deutschen Staat und der Welt den Frieden gewährleistete. Zu Glück und Not band er das übrige Deutschland an den nun erst „deutschen Strom“, den Rhein selbst an den Osten und Norden seines Reiches. In diesen Gedanken erhebt sich die rheinische Jahrtausendfeier ihren wahren Sinn und ihre nationale Bedeutung gewinnen. In weltgeschichtlicher Größe ziehen tausend Jahre deutscher Lebensgemeinschaft vorüber, in denen die Rheinlande im Reich vom 10. bis 20. Jahrhundert ihr Schicksal fanden.



Das Rheinland und die deutsche Wirtschaftsentwicklung

Von Dr. B. Kuske, Professor an der Universität Köln.

Die Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich muß zu einer Besinnung darüber anregen, was beide Körper einander zu verdanken haben und dabei unterstreichen, was die Rheinlande in der langen Zeit endgültiger gemeinsamer politischer Verbundenheit Deutschland in seiner kulturellen Entwicklung gewesen sind.

Es gehört mit zu den romantischen Stimmungen, die für den Deutschen vom Rheine ausgehen, die Erinnerung an eine besonders inhaltreiche und blühende staatliche, kirchliche und städtische Kultur des Mittelalters, die vielseitiger und üppiger war als die der anderen deutschen Hauptgebiete. Das Rheinland bis hinauf in seine alemannischen Provinzen wird oft geradezu als das Mutterland der deutschen Kultur überhaupt bezeichnet, von dem im Mittelalter viele behebungsreiche Anregungen auf politischem, geistigem und wirtschaftlichem Gebiete dauernd nach dem übrigen Deutschland ausstrahlten, von einer Ueberlegenheit aus, wie sie von ihm später nie wieder erreicht wurde. Das erklärt sich besonders mit aus dem Vorprung, den das Rheinland in den Lebensformen hatte, die nun einmal als die fortgeschrittenen zu gelten pflegen und pflegten in der Entwicklung der städtischen und der höchsten Kultur. Von diesen ist die letztere originellen Leistungen gegenüber der ost- und süddeutschen Länder seit dem 16. Jahrhundert zurückgetreten. Bemerkenswert bleiben aber immer die Erscheinungen des rheinischen Bürgertums und seiner Städte, die in der älteren Zeit überragten, weil sie von den aus der Römerzeit kommenden und damals begründeten Traditionen getragen wurde, somit die Ueberlegenheit des Alters hatten. In der neueren Zeit werden sie bestimmt durch die Einflüsse der neuen Industrie, und zwar unter Betonung des rechten Ufers, die ganz neuartige Großstädte und städtähnliche Siedlungsorganisationen verurteilt hat.

Die Rheinländer sind damit ihrer vom Altertum her übernommenen ausgeprägten Neigung, in städtischer Art zu leben, treu geblieben, und sie überragen die meisten anderen deutschen Stämme durch den erheblichen Anteil des städtischen Bürgertums an der Gesamtbewölkerung und darin, daß sie die meisten Großstädte Deutschlands hervorgebracht haben.

Wenn auch im Verlaufe der letzten Jahrhunderte die politische und allgemein-geistige Beeinflussung Deutschlands durch das Rheinland nicht mehr so auffallend wie im Mittelalter geblieben ist und das Verhältnis beider Körper auf manchen Gebieten womöglich zu einer aktiven Ueberlegenheit der östlichen Seite umgestaltet wurde, so tritt doch eine auffallende Leistungsfähigkeit des Westens in der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung hervor.

Das Rheinland hat der deutschen Volkswirtschaft namentlich seit dem Aufkommen der neuen Technik und der sich auf dieser aufbauenden neuen wirtschaftlichen Methoden viel gegeben. Und darin äußerten sich wieder sowohl seine alten kulturellen Ueberlieferungen als auch die Wirkungen seiner örtlichen Lage; denn das Rheinland mußte, seitdem es dem Westen Europas jahrhundertlang glückte, die deutsche technisch-wirtschaftliche Entwicklung zu überflügeln, insofern seiner engen Nachbarschaft zu diesem der naturgemäße Vermittler von dessen neuen Gedanken für ganz Deutschland werden.

Diese Veranlagung zu originellen Leistungen oder mindestens zur erstmaligen Uebertragung fremder Neuerungen ist auf vielen Gebieten bei den Rheinländern festzustellen.

Das zeigt sich in den alten Grundgewerben ebenso wie in den Wirtschaftszweigen, die erst in neuerer Zeit entstanden oder zu größerer Bedeutung innerhalb der deutschen Volkswirtschaft gekommen sind.

Unter den Grundgewerben waren Metall- und Textilindustrie immer für den rheinischen Wirtschaftskörper charakteristisch und bedeutend.

Nicht zufällig war es daher, daß gerade bei ihnen der Drang zu Neuerungen besonders zeitig und wirkungsvoll auftrat.

Am Rhein — wo schon im späteren Mittelalter zum erstenmal in Deutschland eigentliche Hochöfen in Gebrauch kamen — wurde in den 1770er Jahren das erste Walzwerk auf dem Raststein bei Neuwied eingerichtet, wo auch in den 1830er Jahren die ersten deutschen Schienen gewalzt und bald nach 1820 der erste Puddelofen in Betrieb genommen wurde. Fast immer sind auch in der weiteren Entwicklung der deutschen Eisenindustrie, deren epocheale Errundungen im Westen zuerst eingeführt worden, wie Anfang der 60er Jahre das Bessemer-, der 70er Jahre das Siemens-Martin-, der 80er Jahre das Thomasverfahren. In Anfang unseres Jahrhunderts wurde in Remscheid das neuerdings so wichtig gewordene Elektrolichtverfahren zum erstenmal in der Welt praktisch verwendet. In Köln wurden in Deutschland die ersten Turbinen gebaut.

Dazu ergänzte sich die Uebernahme westeuropäischer Anregungen noch durch eigene Leistungen des Rheinlandes. Von ihnen ist mit der Erfindung der atmosphärischen Gasmotoren in den 60er und des Viertaktmotors in den 70er Jahren durch M. A. Otto und Eugen Langen zu Köln die ganze ungeheure neuzeitliche Motorentechnik und Wirtschaft ausgegangen. Auch die so außerordentlich wichtige Idee des Kohrentwalzens, sowie des Kohrenpressens ist rheinischen Ursprungs.

In der Textilindustrie wurde für Deutschland die erste zum Großbetriebe führende, mit der Wasserkraft betriebene Baumwollspinnerei durch Brüggemann in Ratingen im Jahre 1784 gegründet. Auch auf zahlreichen andern Gebieten dieses großen Gewerbes gingen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts bedeutende Neuerungen vom Rheinland aus, am meisten namentlich bei der Seidenindustrie, die zu 90 v. H. überhaupt in seinem Bereiche liegt.

In der chemischen Industrie, diesem jetzt so maßgebend gewordenen Wirtschaftszweig, haben Rheinländer in der Heranziehung der Zinkerze als Rohstoff die Schwefelsäureindustrie auf eine sehr verbreitete Grundlage stellen können. Vor allem haben hier namentlich das Wuppertal und andere Gegenden der Textilindustrie das Aufkommen der neuen Industrie der Anilinfarben und zahlreicher anderer Abkömmlinge der Steinkohle hervorgerufen, und der überwältigende Schwerpunkt der chemischen Farben-Großindustrie liegt überhaupt auf der Rheinlinie. Das gleiche gilt für die Ultramarinindustrie, die zuerst hier entstand und deren einziges Gesamtunternehmen in Köln seinen Sitz hat. Köln und seine Nachbarschaft weisen auch die führende Metallfarbenindustrie Deutschlands auf.

Der Tag der Menschheit

Joseph Winkler.

Der Strom der Menschheit rinnt Mühsam. Hebe dich nicht in Vornehmheit, Erfüll die Pflicht und hilf, brüt, glaub der Zeit, Bis alle eines Rechts und Friedens sind. Dies ist kein zwecklos Spiel: Was in Erdgründen Umwandelt sich geformt, das wandeln wir Zu höheren Gewalten, herrschen hier, Ewig gefest zu lösen wie zu binden. Was ist's, das mehr der Mensch sich wünschen mag, Wenn Gottes Puls mit Schöpferisch in ihm schlägt, Daß er sich opfere der Gemeinschaft, die ihn trägt? Wohl, wer nicht Leben an den Tod verschwendet, Wohl dem, der brudergläubig nutzt den Tag: Nur was aus Liebe dauert, ist vollendet!

Die Eisen- und Metallindustrie des Rheinlands

1000 Jahre deutsches Rheinland! In Dorf und Stadt frohe Stimmung! Farbenfroher Festschmuck allüberall. Natur und Menschenkunst in frohem Eifer, dem rheinischen Lande noch schöner Schmuck zu geben. Rheinlandjauber verstärkt durch starke Heimatliebe. Diese Liebe ist erklärlich: Unser Herrgott hat in der Tat das Rheinland zu einem Schmuckkästchen gestaltet. Deutschlands schönster Strom, der deutsche Rhein, fließt durch herrliche Gefilde. In seinen Wellen spiegeln sich stolze Berge mit ihrem Nebenhang, mit Burgen und Ruinen, spiegeln sich neben lieblichen Dörfern prächtige, freundliche Städte mit ihren stolzen Domen. Seine Wellen grüßen indes nicht nur liebliche Landschaftsbilder, sondern auch die Städte ernster Arbeit. Insbesondere unsere Eisen- und Metallindustrie hat im Rheinland einen bedeutsamen Stand.

Für die Herstellung von Eisen und Stahl (Groß-Eisen- und Stahl-Industrie) ergibt sich nach der Ermittlung der Gewerbeaufsichtsbeamten von 1921 folgendes Bild:

Herstellung von Eisen und Stahl, Walz- und Hammerwerke (Groß-Eisen- und Stahlindustrie):

Gebiet	Zahl der Arbeiter männl.	weibl.	Zahl der Betriebe
Rheinprovinz	99 786	1269	101 055
Westfalen	79 356	725	80 081
Sachsen	35 468	4532	40 000
Freistaat Sachsen	10 445	351	10 796
Hannover	7 690	45	7 735
Provinz Sachsen	4 417	132	4 549
Bayern	3 725	129	3 854
Hessen-Nassau	2 625	42	2 667
Sachsen	1 562	14	1 576
Brandenburg	1 405	35	1 440
Württemberg	1 389	1	1 390
Östpreußen	1 161	9	1 170
Bremen	726	3	729
Schleswig-Holstein	478	5	483
Pommern	465	6	471
Thüringen	324	49	373
Sachsen	361	—	361
Mittelsachsen	187	7	194
Brandenburg	162	7	169
Oldenburg	82	2	84
Deutsches Reich	251 814	7358	259 172

In den einzelnen Gebieten sind wieder einzelne Orte oder Bezirke hervorzuheben, die der Groß-Eisen- und Stahlindustrie. So

insbesondere der abgetretenen Teile von Obersachsen.

steht in der Rheinprovinz an der Spitze die Stadt Duisburg mit 56 Betrieben und 12 872 Arbeitern. Es folgen die Stadt Essen mit 30 Betrieben und 12 011 Arbeitern, die Stadt Düsseldorf mit 41 Betrieben und 11 201 Arbeitern, Mülheim (Ruhr) mit 9 Betrieben und 6383 Arbeitern, Hamm mit 8 Betrieben und 5155 Arbeitern, Remscheid mit 3 Betrieben und 5105 Arbeitern, Kreis Altenkirchen mit 10 Betrieben und 4924 Arbeitern, Kreis Mors mit 6 Betrieben und 4905 Arbeitern, Düsseldorf-Land mit 11 Betrieben und 4813 Arbeitern, Oberhausen mit 14 Betrieben und 3961 Arbeitern, Aachen-Stadt mit 1 Betrieb und 3798 Arbeitern, Köln-Stadt mit 10 Betrieben und 3331 Arbeitern, Kreisfeld-Land mit 2 Betrieben und 3292 Arbeitern, Neuwied mit 3 Betrieben und 3512 Arbeitern, Wehlar mit 5 Betrieben und 1997 Arbeitern, Aachen-Land mit 9 Betrieben und 1994 Arbeitern, Koblenz-Land mit 2 Betrieben und 1993 Arbeitern, der Siegburg mit 3 Betrieben und 1930 Arbeitern, Kreis Dinslaken mit 3 Betrieben und 1875 Arbeitern, Kreisfeld-Stadt mit 2 Betrieben und 1158 Arbeitern, Neuf-Land mit 1 Betrieb und 1155 Arbeitern, Solingen-Land mit 5 Betrieben und 1119 Arbeitern, Essen-Land mit 2 Betrieben und 876 Arbeitern, Gummersbach mit 2 Betrieben und 648 Arbeitern, Erier-Land mit 1 Betrieb und 422 Arbeitern, Solingen-Stadt mit 1 Betrieb und 402 Arbeitern. Dazu kommen noch einige Bezirke und Orte, in denen die Zahl der Arbeiter unter 400 bleibt.

Im Rheinland spielt sich ein gutes Stück deutscher Industriegeschichte ab. Die deutsche Eisen- und Metallindustrie hatte nach den napoleonischen Kriegen eine Periode langsam ansteigender Konjunktur zu verzeichnen. Ihre Lage war zwar sicher nicht glänzend zu nennen, aber sie ernährte ihren Mann, selbst wenn gelegentliche Depressionen die Unternehmer bis an den Rand des Bankrotts brachten und die Eltern von Alfred Krupp ihr Tafelbesteck veräußern mußten, um flüssiges Kapital zu erhalten. Deutschland war noch überwiegend Agrarland, und die Industrie entwickelte sich im allgemeinen nur in der Nähe von Erzvorkommen. In selbst die Herstellung der feinen Fertigfabrikate, die doch den Erbschätzen gegenüber beweglicher daheist, hielt sich nicht weit von ihnen entfernt.

Hauptgebiete für die Rohproduktion und Verhüttung der Erze waren Eifel und Siegerland, neben einigen kleineren Vorkommen in Mitteldeutschland, Rhein- und Ruhrgebiet, Württemberg. Ein bedeutender Zweig hatte sich aber, ebenso wie die Ziehereien, in die Gegend Aachen — Stolberg — Eschweiler gezogen, wo der Uebergang von der Hochfläche zur Ebene noch die Wasserkraft verfügbar machte und die anstehenden Kohlenvorkommen ein regelmäßiges Brennmaterial lieferten. Hier entwickelte sich die Feinindustrie, die in der Aachen-Burtscheider Nadelindustrie und der Stolberger Messingindustrie sich eines Welt Rufes erfreute. An Rhein und Ruhr und im Sauerland und Siegerländer Gebiet lag eng zusammen die größte Zahl der Hütten- und Hammerwerke. Roheisen und Stabeisen (Stabeisen) bildeten seit Jahrhunderten die wirtschaftliche Grundlage in Siegerland und Sauerland. In ganz Preußen zählte man 1825 1837 Hammer- und Hüttenwerke, davon entfielen auf die Rheinprovinz 561 und auf das Sauer- und Siegerland 743. Die Erzeugung hielt sich in engen Grenzen, da man noch nicht gelernt hatte, die Steinkohle in der Dampfmaschine zur Erzeugung von Kraft zu verwenden. Diesem primitiven Verfahren entsprach auch die Arbeitstechnik, die sich nur vereinzelt die technischen Errungenschaften Englands zunutze machte. Zum Teil fehlte es an gelerntem Kräften, zum meisten aber an Kapital. Gegenüber dem Druck des weiter fortgeschrittenen kapitalkräftigen Auslandes konnte die deutsche Eisen- und Metallindustrie noch nicht mit. Zwar bemühten sich Remy, Harcourt, Dinnenthal, Krupp, durch technische Verbesserungen den Markt zu heben. Aber man war noch traditionell gebunden; Krupp nahm erst 1838 die erste Dampfmaschine in Betrieb. Das Festhalten an der Holzkohletechnik zur Verhüttung usw. und das erst langsame Aufkommen der Dampfmaschine brachten es mit sich, daß der deutsche Markt eine starke Domäne der industriestarken Nachbarländer Belgien, England und Frankreich wurde. So führte Preußen 1825 70 000 Zentner Roheisen und 35 000 Zentner Rohstahl aus, aber auch 75 000 Zentner Roheisen und 70 000 Zentner Stabeisen ein. Auch von Krupp wird berichtet, daß er in den ersten Jahrzehnten nur 11 Prozent des Absatzes in nichtpreussische Gebiete gerichtet hat. Ausfuhrerwerbe dagegen war die Kleinmetallindustrie, zu der die Solinger Industrie, die Stahlwerkzeuge Remscheids, die Nadeln Aachens und was an Gufwaren produziert wurde, das Hauptkontingent stellten. Ihre Qualität hielt jede Konkurrenz mit englischen Marken aus. Daher war auch hier kein Raum für schutzzöllnerische Bestrebungen, wofür die eisenerzeugende Industrie schon früh eintrat. Bei den Kämpfen um die Eisenzölle haben sich denn auch die Kleinmetall-Industriellen stets auf der Seite der Freihändler befunden.

Besonders seit 1830 nimmt die Industrie einen mächtigen Aufschwung. Der deutsche Zollverein riß kleinliche Schranken nieder, Eisenbahnen und Dampfschiffe brachten bessere und schnellere Transport- und Verbindungsmöglichkeiten. In der Produktionsweise der Industrie setzte eine Periode der technischen Verbesserung ein. Die Holzkohle wich der Steinkohle und dem Koks, der Holzkohlenofen dem Koksofen. Die Roheisengewinnung erfuhr dadurch eine wesentliche Steigerung. Der alte Frischprozeß wurde zunächst ersetzt durch das Puddelverfahren, das in 3 Monaten 3 frühere Jahrleistungen in Stahlmengen erzeugte.

Eine der größten Umwälzungen im Hüttenwesen ist mit der Erfindung Bessemer für alle Zeiten verbunden. Aber bald stellte sich heraus, daß nur phosphorfreie oder phosphorarme Erze sich auf die



sein Wege verarbeiten ließ. Sidney G. Thomas gelang es, das neue basische Windsfrischen einzuführen, bei dem der Phosphor als hauptsächlichster Brennstoff benutzt wird. Die Länder, die wie früher Deutschland, phosphoreiche Erze in großen Mengen besaßen, nahmen riesigen Aufschwung. 1879 wurde in Duisburg-Meiderich das erste Thomaseisen erbaut. Zum Bessmer- und Thomasverfahren gesellte sich der Siemens-Martin-Prozess, der heute in der Eisen- und Stahlerzeugung mit an erster Stelle steht. Er ermöglicht, Abfall- und Alteisen vorteilhaft wieder neu zu verwenden. Schon 1912 wurden über 6 Millionen Tonnen Schrott in der deutschen Hüttenindustrie verarbeitet.

In enger Verbindung mit der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie entstanden die Maschinenfabriken, Eisenkonstruktionswerkstätten usw. Man braucht nur die Namen Schüchtermann & Kremer, Trappen & Bredt, Becken & Reetmann, Glender, Knaut, Haniel & Lueg, Schlegel, Liebe, Peter und Kaspar Harfort zu nennen, um sich zugleich auch an die Vielseitigkeit der durch alle diese Männer geschaffenen großen Arbeitsgebiete zu erinnern, ohne daß diese Aufzählung irgendwie vollständig wäre.

Zur Kolbendampfmaschine trat ferner gegen die Jahrhundertwende die Dampfmaschine. Der elektrische Strom gestattete, die vielen kleinen, unwirtschaftlichen Kraftmaschinen zur großen, wirtschaftlich arbeitenden Zentrale zusammenzufassen. Diese Fortschritte veränderten seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts rasch die wirtschaftliche und technische Grundlage der großen Unternehmungen. Die Technik drängte zum Großbetrieb, vor allem im Berg- und Hüttenwesen. Der Zusammenschluß der Werke lag in der Richtung des technischen Fortschritts. Neue Arten der Gemeinschaftsarbeit bildeten sich in Form der Verkaufsvereinigungen, Syndikate und Trusts gerade im Berg- und Hüttenwesen in starkem Maße. Von Jahr zu Jahr wurde das Wirtschaftsleben in immer stärkerem Maße übersponnen von einem manchmal allerdings für den Augenstehenden stark unübersichtlichen Netz wechselseitig vertragmäßig festgestellter Beziehungen. 1893 wurde das Kohlen-Syndikat, 1904 der Stahlwerksverband gegründet. 1875 zählte man in Deutschland erst 8 Industriekartelle, 1905 bereits 366, von denen 200 als Syndikate bezeichnet wurden.

Diese Organisationsformen machten es erst möglich, große Kräfte auf bestimmte Aufgaben zu konzentrieren und den Entwicklungsverlauf stetiger zu gestalten. Das waren Grundbedingungen auch für die Leistungen, die im Aufstieg unseres Wirtschaftslebens zahlenmäßig zum Ausdruck kommen. Die Hoheisenherzeugung im deutschen Zollgebiet, die 1871 rund 1,5 Millionen Tonnen betrug, stieg bis 1913 auf 19,03 Millionen Tonnen.

Mit dem Wirtschaftsleben stieg dank der gewerkschaftlichen Nahrung auch der Arbeiter. Der Lohn - Afford kam noch kaum in Frage - hat um 1825 0,30 - 0,50 Mk. im Tag kaum überschritten. Meistens bewegte er sich darunter. Dabei war dieser Lohn noch als bedeutend zu bezeichnen im Verhältnis zu Löhnen in Tabak- und Textilindustrie, die sich zwischen 25 - 35 Pfg. im Tag bewegten. Die Arbeitszeit kam im allgemeinen nicht unter zwölf Stunden, sie erreichte in der Feinindustrie oft 14 - 16 Stunden pro Tag. Und heute? Trotz aller Ungunst der Verhältnisse ein mächtiger Fortschritt. - Fortschritt auf allen Gebieten durch die gewerkschaftliche Organisation.

So wirkt im Rheinland der Zauber seiner Schönheit, aber auch ernste Arbeit. Das frohe und arbeitsame Rheinland. Das der freie Rhein wieder freies deutsches Land durchströme, das rheinische Freude, rheinische Arbeit wieder frei walten, daß aber auch der deutsche Arbeiter in geachteter Freiheit schaffen und wirken könne, darum ringen wir.

Wie unser Verband im Rheinland entstand

Das Sozialistengesetz des Jahres 1878 hatte alle Arbeiterorganisationsanstöße auch im Rheinland fast erstickt, indem es sie unter Staatskontrolle stellte. Aber auch da zeigte sich, daß der Säbel schließlich eine gesunde Idee unterdrücken kann, denn unter der Hand bildeten sich wieder lose Vereinigungen. Das war auch unter der christlichen Metallarbeiterschaft der Fall. Jedoch war das im Grunde alles leichter gesagt als getan, denn die Arbeitskollegen scheuten vielfach aus Furcht vor Entlassungen vor jeder Organisation zurück. Auch in Duisburg reifte gegen Ende der achtziger Jahre der Plan, zunächst einmal die Former zu einer lokalen Gruppe zusammenzufassen.

Führung mit anderen Gruppen bestand kaum, höchstens, daß Wandernde Meldung erstatteten über das Leben im Formerverband in dieser oder jener Stadt. Wegen der starken polizeilichen Aufsicht konnte man zu näherer Führungnahme auch kaum kommen. In Duisburg war schon damals der ungewählte Führer der Former unser jetziger Verbandsvorsitzender, Kollege Wieber, Senior des Gefellensvereins, weiblich und redegewandt, - was für die damalige Zeit eine Ausnahme unter der Arbeiterschaft war -; ihm zur Seite standen in der Vollkraft ihrer Jahre und ihres Schaffens die beiden Brüder Keger, dann Brinkmann, Weirauch, Heidemann, Jung, Kusch, Kirchhoff, Kossloth, Scherer, Lohse und wie die alten Treuen hießen. Für den 13. Mai 1888 beriefen sie eine öffentliche Formerversammlung ein und gründeten ihren lokalen Fachverein. Zugleich wurde ein Komitee gewählt, welches das Statut ausarbeiten und der Behörde zur Begutachtung unterbreiten sollte.

Als Kernsatz ihres Statuts hatten sie den Zweck scharf und klar, aber doch auch sehr klug umrissen herausgestellt:

„Der Verein der Former und verwandten Berufsgenossen Duisburgs hat den Zweck, die sittliche und materielle Lage seiner Mitglieder zu verbessern und Ehre und Interesse der Berufsgenossen zu wahren.“

Von Lohnbewegung, Kampf usw. durfte selbstverständlich keine Rede sein. Die alten Former verbargen das denn auch klugerweise unter „Ehre und Interesse“. Der Sinn dieses Kernsatzes ist vorbildlich geworden für die statutarische Zweckfassung mancher später gegründeten Verbände. In den Aedern der Duisburger Former brauste jugendfrisches Agitatorenblut und schon früh warben sie in den umliegenden Städten Mülheim, Laar, Oberhausen, Krefeld, Dülken für den Organisationsgedanken. Sie überfahnen kaum damals schon die Größe des ihnen gegenüberstehenden Unternehmertums in der Eisen- und Metallindustrie, aber sie ahnten instinktiv, daß dieser Gegner der gewaltigste und im Kampf jäheste Feind sein würde, wenn man mit ihm in einen Streit verwickelt werden würde. Dafür aber mußte man „Kapital“ haben. So erhoben sie damals schon pro Woche einen Beitrag von 10 Pfg. Das war eine ganz gewaltige Leistung, wenn man bedenkt, daß die meisten Lokalverbände pro Woche 5, ja selbst 2 Pfg. bezahlten. Das verhängnisvolle Zögern der Arbeiterschaft, durch notwendig hohe Beiträge starke Kassen zu schaffen, hat sie in ihrer rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sehr gehemmt.

Dem Geiste zu

Christoph Wieprecht.

Und endlich ist der Menschheit Tag gekommen,
Die erbenalte Sehnsucht wird erfüllt - - -
Du glaubst es - und das Irrlicht ist verglommen
In grauen Flor hat sich die Zeit gehüllt.

Ihr altes Kleid. Nur anders sind die Falten,
Durch die der Tränenborn der Erde geht;
Der dunklen Kraft geheimnisvolles Walten
Verlangt Tribut, den niemals abgezahlt,
Solang der Geist nicht mit dir aufersteht.

Das ist er nicht, der technisch Wunder baut,
Von Firm zu Firm den Eisenbogen spannt,
Die Raubstandarte pflanzt ins andere Land,
Das Flugzeug lenkt, dort wo der Aether blaut.
Das ist er nicht, der unter Palmen wandelt - ,
In Sklaventum das freie Werk verwandelt.

Hoch über Dogmen, Staub und Weltgetriebe
Harrt er der Stunde ganzen Wirkens nur,
So luche ihn im Strahlenkleid der Liebe
In seines Reiches leuchtendem Azur.

Die Duisburger Former wußten auch sehr gut, daß ohne eine gründliche Schulung nach rechtlicher und sozialpolitischer Seite sowie hinsichtlich der Allgemeinbildung die Arbeiterschaft niemals den Weg machen könne, der ihr als Ideal vorschwebte. So finden wir Vorträge ausgezeichnet, welche hauptsächlich vom Kollegen Franz Wieber ausgearbeitet worden waren, und für die damalige Zeit von einer erstaunlichen Weite sind, z. B. „Die Bedeutung der Maschinen im Arbeitsprozess“, „Die Arbeiterschaft in der Gesellschaft“, „Die ökonomische Lage der Arbeiterschaft“, „Zweck und Stützen der Organisation“, „Alters- und Invalidenversicherungsgesetz“, „Arbeiterschutzgesetzgebung“ usw. Ja, man ließ sich auch Vorträge halten über die „Geschichte des deutschen Volkes“ und kam dabei selbstverständlich auch am Junftwesen nicht vorbei. Als Ausfluß dieser Vorträge ist sicher das Wiederaufleben der guten alten Junftverordnung anzusehen, wonach auf Versammlungsbesuch allergrößter Wert gelegt werden mußte, weil die Versammlung eine der ersten geistigen Rüststätten des Arbeiters sei. Bei unentschuldigtem Fernbleiben, wurde das Duisburger Formermittglied fünfgemäß in Strafe genommen, welche für die Hauptversammlungen 20 Pfg. betrug. Später ist die zu erlegenden Buße erhöht worden. Die Alten wissen aber noch zu berichten, daß diese Bußen nicht häufig in Erscheinung traten und tatsächlich liest man in den Protokollen des Formervereins Duisburg selten eine Klage über schwachen Versammlungsbesuch.

Wenn der Formerverband Duisburg sich die sittliche Hebung der Former zur Pflicht machte, stand er vor schweren Aufgaben. Die Former waren eine sehr eigene Junft. Künstler in ihrer Art, hatten sie auch ihre Schwächen. Der „blaue Montag“ war gang und gäbe. Das Trinken füllte im Tageslauf des Formers damals einen nicht unbeträchtlichen Teil aus. Der „Wahlpruch“ des Formers: „Schlechtes Eisen, das nicht läuft, schlechter Former, der nicht läuft“, läßt einen merkwürdigen Einblick in die Seelenverfassung des Durchschnittsformers tun. Dazu kam das indifferente Verhalten, Unkollegialität, das Drängen nach Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Der vereinten Kraft Wiebers und seiner Getreuen war es gelungen, aus der Duisburger Formerschaft eine hochstehende, opferbereite, vorwärtstreibende Elitegruppe zu schaffen, eine Aufgabe, die auch auf den Formerkongressen anerkannt wurde.

Die geistige Basis der Formervereine war vornehmlich hier im Westen eine positiv christliche Auffassung. Das Wort „sittlich“ bedeutete für sie gar nichts anderes als „christlich“. Das war für sie auch ohne besondere Angabe selbstverständlich. Es resultierte aus ihrer Erziehung im Vaterhaus; der Einfluß Kettlers und Kolpings prägte sich darin wieder. Es war für sie nichts Erklärtes, sondern eine selbstverständliche Notwendigkeit. Ihnen war das Christentum auch der soziale Gedanke und deshalb fanden sie als christlich denkende Arbeiter diesen Boden für gegeben, um ihre Fragen - soweit sie berechtigt waren - hierauf zur Klärung und Lösung zu bringen. Sieben Jahre nach der Gründung 1895 sollte die Duisburger Formerschaft im Kampf um ihre christliche Ueberzeugung die erste große Feuerprobe bestehen. Und sie hat sie glänzend bestanden.

Die Kämpfe mit dem Unternehmertum blieben nicht aus. Sechs Monate kämpfte Kollege Wieber um das Koalitionsrecht bei der Firma Ber n i n g h a u s. Er und eine Anzahl Kollegen waren monatelang ausgesperrt. Aber sie hielten sich durch.

Im Jahre 1891 schloß sich der Duisburger Formerverband dem neu gegründeten deutschen Formerverband an, dessen Grundsatz religiöse und parteipolitische Neutralität war. Diesen Formerverband suchte aber die Sozialdemokratie unter ihre materialistische und parteipolitische Kräfte zu bekommen, was ihr auch vollkommen gelang. Der „Glückauf“, das Verbandsorgan des Formerverbandes, strotzte von Beschimpfungen über Christentum und Kirche. Dagegen nahm der Duisburger Formerverband mehrfache Stellung, aber gerade deswegen wurde er angegriffen, verkehrt und verlacht. Die Duisburger Former erlitten wiederholt um Abstellung der Uebelstände. Es half nichts.

Da beschloß am 24. September 1895 die Duisburger Formerschaft den Schnitt zu machen zwischen sich und den Sozialisten. Ein längeres Zögern wäre Feigheit und Verrat gewesen. Sie legte ihr Wollen in folgender Entschlieung nieder:

„Die bisherige Zahlstelle des Zentralvereins der deutschen Former (Duisburg) wurde infolge obiger Resolution, welche vom Zentralverein der deutschen Former verworfen, und da die Former Duisburgs auf das bestmögliche von allen Seiten fortgesetzt bis heute angegriffen worden sind, einstimmig aufgelöst und beschlossen, wieder eine lokale Vereinigung der Former zu gründen. Es wurde mit dem Zentralverein abgerechnet und sonst alle Verbindlichkeiten erledigt und tritt die neue lokale christliche Formervereinigung Duisburgs wieder in Kraft.“

Man hat von sozialistischer Seite oft versucht, diesen Zustand zu verschleiern. Es sei aber darauf hingewiesen, daß selbst der Vertreter Berlins auf der zweiten ordentlichen Generalversammlung des Zentralvereins deutscher Former 1897 zu Hannover laut Protokoll die Haltung des „Glückauf“ kennzeichnete und damit - vielleicht ungewollt - den Schritt Wiebers rechtfertigend sagte:

„Hartwig Berlin spricht in Bezug auf den Kollegen Wieber von Duisburg von Gotteslästerungen, welche im „Glückauf“ enthalten, die Trennung Wiebers perfekt gemacht hätten.“

Im Formerverband selbst wurde die Trennung Wiebers sehr empfunden und S e n b l e r - Düsselbort bemerkte auf der gleichen Generalversammlung:

„Es sei zu bedauern, daß die Abtrennung der Duisburger Former erfolgt sei, weil der Leiter derselben, Kollege Wieber, einer der besten Agitatoren für die Sache der Former war. Rückwirkend sei dies auf die umliegenden Orte gewesen.“

Der Zentralverband der Former hat sich von diesem inneren Kampfe nicht mehr erholt. Er ging immer mehr zurück, bis er vom sozialistischen Metallarbeiterverband verschlungen wurde.

Aber damit war das Organisationsleben auf christlicher Metallarbeiterseite nicht erloschen. Es bildeten sich innerhalb der Arbeitervereine berufliche Fachabteilungen, so 1894 schon die der Metallarbeiter in Duisburg, die unser Kollege Wieber leitete. In Köln betätigte sich auf das eifrigste Kollege D ö r r i n g, um die Metallarbeiter organisationsreif zu machen. Alle diese Ansätze, in Köln unterstützt vom Pfarrer D r i e h e n, in Duisburg von den Arbeitervereinspräsidenten Dr. W i b e l t und S u r m a n n mündeten ein in den Christlichen Metallarbeiterverband, der am 15. Oktober 1899 in Duisburg gegründet wurde und dessen Grundstock eben jene Metallarbeitergruppe Duisburg bildete.

So ist die Geschichte unseres Verbandes mit dem Rheinland auf das engste verknüpft. Hier hat er seine schwersten Kämpfe ausgefochten, um die Arbeiter der Schwereisenindustrie auf eine materielle und kulturell höhere Stufe zu heben, hier hat er erneut den Kampf um den Achtstundentag der Feuerarbeiter durchgeföhrt und teilweise wiedererklämpft. Gerade unsere rheinischen Kollegen haben das allergrößte Interesse daran, unseren Verband im Rheinland stark und finanzkräftig zu erhalten. Um so erfolgreicher werden ihre Interessen vertreten werden. Aber genau so wichtig ist der ideelle Grund, daß unser heimatlicher Boden, die Stätten, wo unser christlicher Metallarbeiterverband gegründet wurde, auch ihm gehören müssen.

Alter rhein. Schmiedebrot

Schmett, Schmett, arm Diet,
Opfion im halber Bier.
Stief ston, hart schon,
Nog für den Fohlen loppn gon!



Das Rheinland und die gewerkschaftliche Idee

Es gibt ohne Zweifel Gebiete in Deutschland, die besser durchorganisiert sind als das Rheinland, aber es gibt keines, welches die Geschichte und den Sinn der Gewerkschaftsbewegung maßgeblicher beeinflusst als das Rheinland. Hier sind die Ideen der christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsbewegung gereift und auf rheinischem Boden sind in beiden Lagern auch die heftigsten Kämpfe gerade um die gewerkschaftliche Idee ausgefochten worden. Das kommt nicht von ungefähr. Im rheinischen Leben, auch im Arbeiterleben pulsiert Selbstständigkeitsgefühl, Mitverantwortung, Lebensdrang, Lebenslust. Wie das Rheinland früh in die Industriewirtschaft des 19. Jahrhunderts durch starke Menschen eingriff (Krupp, Thyssen, Messing) so wollte es auch schon früh die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitregeln. Heute werden im Rheinland rund 600 000 Arbeiter und Angestellte organisiert sein, von denen der größte Teil auf die christlichen Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkschaftsbund entfällt. Unter den einzelnen Verbänden ragen auf jeder Seite hinsichtlich der Mitgliederzahl und der Finanzen auch im Rheinland die Metallarbeiterverbände, Berg- und Zertilarbeiterverbände hervor.

Im Rahmen dieses Artikels wollen wir vornehmlich den gewerkschaftlichen Ideenkreis würdigen, der aus dem Rheinland gewachsen ist.

Die mächtigsten wirtschaftlichen Kräftekonzentrationen, die Bildung gewisser wirtschaftlicher Anschauungen, aber auch die sich aus dem kapitalistischen System ergebenden Einseitigkeiten entstanden verstärkt auf rheinischem Boden und so war es selbstverständlich, daß auch die Gegenbewegung der Arbeiterschaft ideell von hier ausging. Der Ursprung der Ideen arbeiterorganisatorischer Art liegt um 1840, aber die Ideen selbst kafften schon damals weltanschaulich weit auseinander und ihr verschiedener Ursprung und ihre verschiedene Bahn haben die innere Bildung der zwei großen gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen der christlichen und sozialistischen bestimmt. Zunächst eins! Ideenträger waren in beiden Lagern zunächst nicht Arbeiter, sondern Angehörige intellektueller Schichten; Marx war Jurist, Engels Fabrikant, Kollping und Hise waren katholische Geistliche und Ketteler war Bischof. Sie haben sich fast nie mit gewerkschaftlich-organisatorischen Fragen befaßt, ihre historische Mission war es, den Leimweg zu geben, Ankläger, Förderer, Kräfte zu sein. Das gewerkschaftlich zu gestaltende lag noch in fernen Nebeln und war der Arbeiterschaft selbst zu schaffen vorbehalten.

Ketteler, Hise und Kollping, des „Gesellenworts“ Ausgangspunkt war ihrem ganzen Entwicklungsgang entsprechend, das Organische, das Gewachsene, das Naturtriebhaftes. Kollping, der Bauernsohn aus Kerpen bei Köln, Hise, aus dem alten kurkölnischen Landstädtchen Olpe, der westfälische Edelmann Ketteler, waren zu sehr mit dem Boden und den Naturgesetzen verwachsen, als daß sie sie in der Geschichte — sei es der politischen oder gesellschaftlichen — verlegnet hätten. Das Gegenteil war bei den ersten und größten Sozialisten der Fall. Marx aus Trier war Jurist, dazu jüdischen Blutes, Engels aus Barmen Fabrikant, Kaufmann, Rechner. Ihr Weg beginnt bei der, wenn auch mit leidenschaftlichen Pathos durchgeführten Verstandesüberlegung und dem Intellekt. Der Lohnarbeiter als nur Lohnarbeiter tritt in der Wissenschaft auf. Der Arbeiter wird von allen sogenannten Neben Umständen und Nebenerscheinungen isoliert und unter einem typischen und allgemeinen Gesichtspunkt gesehen. So schaute man zwar das allgemeine, aber man konstruierte sich einen Menschentyp. Marx suggerierte der Arbeiterschaft seiner Zeit, daß der Lohnarbeiter die Wirklichkeit sei. Er läßt alle Unterschiede des Berufes verwischen, so daß dann nur noch der Klassenkampf übrig bleibt, den gar nichts mehr mit der Ordnung verbindet, die in ihm sein Menschentum bezeugt hat. So mußte sich aus dieser Einstellung der politische Kampf, gipfelnd im Generalstreik, der auf den Umsturz der bestehenden Ordnung hinführte mit Notwendigkeit ergeben. Da liegt aber auch die Achillesferse bei Marx. Aus seiner theoretischen Einstellung mußte er zur Verneinung der Gewerkschaftsidee kommen, die er als lebender Volkswirtschaftler aber für die Praxis nicht leugnen konnte. Marx schämte es flarer als viele andere, daß eine gewerkschaftliche Organisation, die täglich Stein für Stein zum Rechtsbau der Arbeiterschaft zusammengetragen wurde, im Grunde genommen eine konservative Bewegung sein müsse, denn das Drängen nach Tarifverträgen, Schieds- und Einigungsgerichten, demet alles andere als auf Umsturz. Man fühlt es förmlich, wie sich Marx abquält, mit diesen konträren Fragen fertig zu werden und er ahnte, daß es eines Tages zu gewaltigen Gewitterentladungen zwischen den parteipolitisch-topischen und den gewerkschaftlich-konservativen Gedanken kommen müsse.

Der gewerkschaftliche Gedanke an sich liegt praktisch gesehen viel näher bei den Ansichten Kettelers und Hises. Ketteler verfaßt mit der ihm eigenen, edlen Lebenshaftigkeit die Notwendigkeit der Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterschaft, aber er ist wohl als Hise und Kollping gingen nicht von der Klasse, von der Masse aus, sondern vom Einzelnen und sahen im Beruf das Triebhafte des Individuums. In der Berufsidee und im Gedanken der Gewerkschaften liegt die Tatsache begründet, daß die Arbeiter auf einer bereits erreichten höherrn Stufe der Organisation bewußt als Berufsgenossen zusammenzutreten. Engels

lieferte ihnen selbst den Beweis dafür in seiner Klage, daß die in Paris tätigen deutschen Handwerksburschen gar nicht einsehen, daß sie Menschen einer Klasse seien, sondern daß sie immer ihr Berufsmenschen wieder durchringe. Aus dem Gefühl des organischen Wachstums der Gesellschaft mußte Ketteler sowohl als Hise und Kollping zum Gedanken der gesellschaftlichen Reform und zur Ablehnung der Revolution kommen, wie sie andererseits trotz aller Interessengegenstände die Idee der Solidarität aller Stände und der Arbeitsgemeinschaft als gesellschaftliche Grundforderung ansahen. Aus dem Boden mußte sich der Tarifgedanke und das Schlichtungswesen grundsätzlich ergeben. Marrens Flug ging höher, sein Schatten steht gemaltiger über dem 19. Jahrhundert, aber das Bauernblut seiner Gegner sah das Leben konkreter in festerer Gestalt und zielte deshalb sicherer. Es ist interessant zu verfolgen, wie obwohl unter dem Schatten Marrens stehend, die sozialistische Bewegung dennoch die praktischen Gestaltungen aus dem Ideenarsenal Kettelers und Hises sich holte und wie sie mit der grundsätzlichen Anerkennung der Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1918 sich in diesem einen Punkt vollends von Marx zu Hise hinüber gewandelt hatte.

Nach der Arbeit

Heinrich Lersch.

Wenn wir des Tages Lasten
Und Sorgen abgedüßt —
Konum Freund, wir w. en wandern,
Bis uns das Schöne grüßt.

Das Korn im weiten Felde,
Es wagt und rauscht und rollt, —
Und Falter und Vögel, darüber
Das blinkende Sonnengold.

Wir sehn in all die Freude
Mit kinderfrohem Blick,
Hängt auch in unseren Haaren
Der Staub aus der Fabrik.

Die sozialistische Bewegung des Rheinlandes entwickelte sich im Gegensatz zu der agitatorischen Dreifachmethode Mitteldeutschlands zu einer gefährlichen Florettfechterin, die mit den Instinkten und Anschauungen der positiv christlichen Bevölkerung rechnend im wesentlichen andern Kleide sich vorstellte. Aber es war auch nur ein anderes Kleid. Innerlich stand sie auf dem Boden des Materialismus und des Klassenkampfes. Zu einer großen Idee für die Arbeiterschaft war auch sie unfruchtbar.

Nach dem Kriege übernimmt die christliche Gewerkschaftsbewegung geistig die Führung und baut das Gewerkschaftsprogramm überhaupt auf. Es kommt nicht von ungefähr, daß die Kongresse zweier rheinischer Städte Essen 1920 und Köln 1924 tiefgreifend den Gehirngang der deutschen Gewerkschaften beeinflussten. In der Wahl dieser Städte dokumentierte man den Mutterboden. Die Auge, energische, aber auch weiblichende Politik unserer Bewegung erreichte es, daß nach dem furchtbaren Inflationsjahr 1923 bei geschwächten Kassen und Mitgliederzahlen trotzdem die arbeitsrechtlichen Belange glänzend gewahrt werden konnten, und daß durch das Drängen des Christlichen Metallarbeiterverbandes die Arbeitszeitsfrage für die Schwerindustrie erneut ins Rollen gekommen ist.

Alle gewerkschaftlichen Bestrebungen ergeben sich aus dem Geist, der in den Gewerkschaften lebt. Denn er ist der Inhalt, der sich seine Form schafft.

Industrie und Kultur

Dr. E. Wildschrey.

Kultur ist uralte. Feinste geistig-seelische Schöpfung der Menschheit. Zeitlos Wachstum und Entwicklung. Industrie ist junge, neue Formung und Befestigung des Erbes und Wirtschaftens. Kultur wurde geschaffen in mühsam langamer aber stetiger Zusammen-, Nebeneinander-, Miteinanderwirkung vieler Persönlichkeiten, Generationen und Geschlechter. Träger der Kultur waren jeweils die vornehmsten, gebildetsten, intelligentesten Schichten. In treuer Erbfolge reichsten die Väter den Söhnen ihren Kulturbesitz als heiligstes Vermächtnis. Sie ruht auf dem Prinzip der Tradition. Die Industriemenschheit aber ist gerade die, denen aus inneren und äußeren Gründen die Traditionen fehlen oder abgeriffen sind. So haben sie nicht an der Kulturüberlieferung mitgeschafft, sondern manches wurde eben nur von außen herangebracht. Kultur kann nicht „gemacht“ werden, Kultur muß wachsen. Nach der Revolution hat mancher geglaubt, im Handumdrehen innere Bildung und Kultur zu schaffen. Das geht nicht! Kulturböhe entspringt sich nicht, sie will in mühsamem Aufstieg von Stufe zu Stufe erlernt sein.

Wenn wir Industriekultur sagen, meinen wir also folgende Zusammenfassung: Brücke zwischen Industriebevölkerung und Kultur. Will sagen: innerliche Versöhnung oder besser noch Neuschaffung eines Menschheits- oder wenigstens Ständestypus. Dazu würde gehören zu innerlich: Eine organische Bindung der Industriemenschheit an seine Industriearbeit, die ihm mehr werden muß als unausweichbare, äußerliche, lästige Form. Dann: eine harmonische Eingliederung in die Bevölkerung der weiteren Landschaft. Schier zahllose Fäden wollen dafür hin und her gezogen werden. Dazu ist nötig: daß dem Industriemenschlichen seine Stadt und seine Städte zur Heimat werde. Das ist die heutige Industriegroßstadt nicht oder kaum. Dazu kommt: das ungemein wichtige kulturbauende Prinzip der Tradition.

Eine uralte Stadt, wie Köln, deren Anfänge schon Jahrtausende zurückreichen, und die auch in der jetzigen Form schon so lange besteht, daß sich die Verhältnisse haben sehen können, die bestmöglich natürlich Kultur. Auch kleine Städtchen: Kalkar, Fanten, Nees, Emmerich, haben Kultur — bestimmte Bahnen in der Lebensführung, eine Geschlossenheit der Lebensauffassung und Lebensgemeinschaft, wie sie sich nur in jahrhundertelangem aufeinanderfolgenden Einstellen der Familien entwickeln konnte. Durch einen natürlichen Selbstreinigungsprozess werden die der Gemeinschaft schädlichen Elemente ausgeremert oder doch kurz gehalten, die in den neu entstehenden Gemeinwesen sich so gerne breit machen.

Was fehlt?

Es muß eine Aufgabe der Industriekultur sein, als sinnfälliges Zeugnis ihrer Bestrebungen ein Stadtbild zu schaffen, das nach Jahrtausenden noch als gut angesehen werden kann. Gerade die Zeit — das ist der Punkt, der von den meisten gar zu leicht vergessen wird — unsere schnelllebige Zeit rechnet mit heute. Wenn es hoch kommt, auch noch mit morgen. Wer die Geschichte eines Gemeinwesens lenken will, sollte auch seine Geschichte kennen, sollte eine Entwicklung von Jahrhunderten vor Augen haben, und sollte vor allem für die Zukunft die gleiche Zeitspanne in Betracht ziehen. Oder sollten unsere Kinder und Kindeskinde uns unserer Kurzsichtigkeit wegen verwünschen, weil wir nur den Bedürfnissen des Augenblickes lebten.

Das Stadtbild ist unsere äußere Heimat. Freilich — die Zigeuner der modernen Großstadt kennen keine Heimat mehr. Sie werden vom modernen Leben hierhin geschoben, dorthin geschoben. Aber der Mensch ist keine Schachfigur. Und was gegen seine Natur geht, das rächt sich allemal. Das haben wir ja in dem letzten halben Jahrzehnt genugsam erlebt, was es heißt, wenn man einer Bevölkerung die Bodenständigkeit nimmt, wenn man sie wurzellos macht.

Das neue Stadtbild soll die Heimat schaffen. Aber sie ist erst die Form, die den lebenden Inhalt aufnehmen soll. Das innere Leben, die innere Heimat — das sind die Menschen, die darin wohnen. Menschen allein sind noch keine Heimat. Sie werden es durch die unsichtbaren Fäden, die sich zwischen den einzelnen aufspannen und sie verknüpfen durch das Gemeinschaftsgefühl, das Zusammengehörigkeitsgefühl. Unsere moderne Großstadt ist wie ein großes Hotel. Es geht herein, heraus, kein Mensch ist sesshaft, keiner kümmert sich um den andern, keiner wirkt, fühlt und empfindet mit den andern. Die großen amerikanischen Hotels haben Theater, Musikäle „im Hause“. Dabei bleiben sie aber doch ewig, was sie waren — eben Hotels, und nichts anderes. Beides sind da nur Vergnügungsinstitute, aufgepappter Flitterkram. Theater und Musik gehören natürlich zum Kulturbau. Sie bilden aber Spitzen, nicht Fundament der Kultur. Gewiß, man kann auch mal in der Luft, statt im Keller anfangen zu bauen — das gibt aber meist Luftschlöffer. Der solide Baumeister trägt zweckmäßig zunächst für das Fundament Sorge.

Was fehlt ferner? Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das Heimatgefühl. Keiner kennt hier den andern, keiner weiß etwas vom andern. Die Menschen gehören nicht zueinander, verstehen einander nicht, weder innerlich noch äußerlich — man hört hier jeden deutschen und manchen ausländischen Dialekt. Die Heimat ist das einigende Band, das uns alle umschlingt — alle, die wir von der Woge des Lebens hier ans Land geschleudert sind. Die heimatische Tradition soll alle wieder bodenständig machen, sie zu einem neuen einheitlichen Volkstörper zusammenschweißen, der auch seine Gemeinschaftsziele aus sich selbst heraus entwickelt, nicht aber von fremd her importieren muß.

Erhalte und belebt die Tradition, erhalte alle Erinnerung sinnfällig sich anklammern kann!

Aber alles das ist nur Mittel zum Zweck, nicht Endzweck. Heimatpflege besteht letzten Endes auch darin, den Lebenden ihr Recht zu lassen, das Stadtbild so zu gestalten, daß es nicht allein eine Arbeitsstadt, sondern auch eine Wohnstadt umschließt. In der harmonischen Verknüpfung dieser beiden Lebensinhalte: Arbeit und Leben, wollen wir der modernen Heimat einen neuen Inhalt geben.

Für dieses Ziel: Echte wahre Kultur auf heimatischer Grundlage, Heimatkultur in jedem Industriegebiet und am industriereichen Rhein — dafür kämpfen wir.